Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche vom 27. Jan. bis 2. Febr. 55 Gpfg. Einzelverkaufspreis: 10 Goldpfennige.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Goldpfennige, auswärtige 25 Goldpfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Goldpfennige, Reklamen 80 Goldpfennige.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf { 926 nur Geschäftsstelle. 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 26. Donnerstag, 31. Januar 1924. 31. Jahrgang.

Der Systemwechsel in England.

Macdonald gegen die Stinnespolitik.

SPD. London. (Eig. Drahtber.)

Macdonald sandte an Poincare am Montag durch den Botschafter einen offenherzigen, aber höflichen Brief, worin er die zunehmende Entfremdung beider Völker und die britische Stimmung ähnlich wie im Quotidien-Interview feststellte und sich bereit erklärte, Poincare in Erreichung eines endgültigen und klaren Abkommens halbwegs entgegenzukommen mit der ausdrücklichen Hoffnung, Poincare werde den gleichen persönlichen Geist zeigen, womit er selbst alle Streitfragen zu erörtern bereit sei. Im Zusammenhang mit dem Briefwechsel zwischen Macdonald und Poincare wird hier von der Möglichkeit einer baldigen Zusammenkunft zwischen den beiden Ministerpräsidenten gesprochen. Allerdings dürfte eine solche keinesfalls vor dem Zusammentritt des Unterhauses, also nicht vor Mitte Februar, stattfinden.

In gewöhnlich gut unterrichteten journalistischen Kreisen werden über die am Montag abgehaltene zweite Kabinettssitzung der neuen Regierung Einzelheiten verbreitet, die wir zwar mit Vorbehalt wiedergeben, jedoch im allgemeinen der Wahrheit entsprechen dürften. Danach hat Macdonald eine längere Rede gehalten, in der er die Methoden der alten Diplomatie scharf kritisiert und einen radikalen Wechsel ankündigte. Er soll insbesondere mit großer Erbitterung die Politik Lord Curzon angegriffen haben, der sich Frankreich gegenüber weniger durch das Interesse der Nation als durch Motive der persönlichen Eitelkeit habe bestimmen lassen. Die Taktik der fortgesetzten Einschüchterungsversuche Frankreich gegenüber wäre verkehrt gewesen und obwohl die gesamte französische Politik höchst tadelnswert gewesen sei, hätte man seinerzeit den Fehler vermeiden sollen, die in Versailles gemachten Versprechungen militärischer Garantien einfach zurückzunehmen. Macdonald soll des weiteren ausgeführt haben, daß **seine Sympathien der jämmerlichen Lage des deutschen Volkes** gelten, daß er aber das deutsche Volk nicht mit dem gegenwärtigen Regierungssystem Deutschlands verwechsle, das nicht auf der Demokratie beruhe, sondern auf der **Tyrannei von Stinnes** und den anderen **schwerindustriellen Magnaten.**

Der Personalwechsel im Auswärtigen Amt ist bereits im Gang. Die bisherige rechte Hand Curzons, Robert von Sitten, hat einen sechsmonatigen Urlaub angetreten, nach welchem er wahrscheinlich einen Posten im Auslande erhalten wird. Ferner geht das Gerücht um, daß der maßgebende Beamte des permanenten Stabes im Auswärtigen Amt, Sir William Tyrrell, dessen Sympathien für Frankreich allgemein bekannt sind, ebenfalls auf einen Auslandsposten abgeschoben werden wird. Endlich wird ein weiterer maßgebender hoher Beamter des Amtes, Sir Eyre Crowe, vermutlich in den Ruhestand treten. Der neue parlamentarische Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Ponsonby, der selbst Berufsdiplomat ist und den internen Betrieb der Zentrale aus eigener Erfahrung kennt, soll erklärt haben, daß er selbst die Leitung des politischen Beamtenapparates zu übernehmen gedenke.

Die Ablehnung der Botschafterkonferenz.

SPD. London, 30. Jan. (Eig. Drahtber.)

Die französische und belgische Regierung haben die englische Regierung jetzt aufgefordert, die Streitfrage über die **separatistische Bewegung in der Pfalz** und über die offizielle Anerkennung von separatistischen Verordnungen durch die Mehrheit der Rheinlandkommission an die Botschafterkonferenz in Paris zu verweisen. Bekanntlich hat die britische Regierung vorher vorgeschlagen, daß diese Streitfragen vor das internationale Schiedsgericht in Haag zur Entscheidung und zur Beschlußfassung der betreffenden Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages und des Rheinlandabkommens überwiesen werde. Dieser französisch-belgische Vorschlag ist von der englischen Presse **ungünstig aufgenommen werden.** In den „Daily News" wird gesagt, es sei klar, daß die öffentliche Meinung Englands der **Botschafterkonferenz** nicht die gleiche moralische Autorität und Unparteilichkeit beimesse als dem **Haager Schiedsgericht.**

England und Rußland.

In der Frage der Anerkennung der Sowjetregierung durch das neue englische Kabinett ist eine definitive Entscheidung noch nicht gefallen. Dagegen verlautet in den Ramsay Macdonald nahestehenden Kreisen, daß die Regierung demnächst eine aus hohen Beamten des Außenministeriums, des Schatzamtes und des Wirtschaftsministeriums zusammengesetzte Kommission nach Moskau entsenden wird, an deren Spitze der als eventueller Botschafter in Moskau in Aussicht genommene James O'Grady stehen wird. Der diplomatische Redakteur des „Daily Chronicle" will wissen, daß die endgültige Anerkennung der Sowjetregierung durch England abhängig sei 1. von der Haltung Moskaus in bezug auf die unter dem früheren Regiem abgeschlossenen englisch-russischen Verträge, 2. von der Regelung der polnisch-russischen Grenzstreitigkeiten, 3. von der Beilegung des Konflikts mit Rumänien gegen Bessarabien und 4. von der Haltung der russischen Regierung hinsichtlich der Anerkennung der russischen Schuld und des sequestrierten Privateigentums.

Nationale Politik.

C. O. Lübeck, 31. Januar 1924.

Eine Lübecker Tageszeitung bemüht sich, im Stile deutschvölkischer Agitation die nationale Frage gegen die Sozialdemokratie in den Wahlkampf hineinzuziehen. Nachdem es ihr mißlungen ist, einen Wählfeldzug auf der Plattform „Kampf gegen den Marxismus" zu inszenieren, ist nun die nationale Frage an der Reihe. Das Schlagwort „Gegen den Marxismus" wird abgelöst von dem Schlagwort „Gegen die antinationale Sozialdemokratie". Das Schlagwort Nr. 2 ist noch dümmer als das Schlagwort Nr. 1. Es ist zudem reichlich unverschämt, wenn man die Stellung der Sozialdemokratie zur nationalen Frage überprüft.

Wo waren die Helden, die jetzt die nationale Frage im Munde führen, als es galt, das Londoner Ultimatum zu unterzeichnen? Bis in die Deutsche Volkspartei hinein waren alle Politiker damals der Ueberzeugung, daß im Interesse Deutschlands eine Regierung der Unterzeichnung gebildet werden müsse. Im Interesse Deutschlands hat die Sozialdemokratie damals die schwere Verantwortung in der Regierung auf sich genommen.

Als die Franzosen die Ruhr besetzten, wäre es agitatorisch für die Sozialdemokratie sehr bequem gewesen, zur intransigenten Opposition überzugehen. Denn schwere Verfehlungen der bürgerlichen Regierung Cuno hatten es der imperialistischen französischen Politik nur zu leicht gemacht, Vorwände für den Einmarsch in das Ruhrgebiet zu finden. Im Interesse des nationalen Widerstandes an der Ruhr hat die Sozialdemokratie auf jede agitatorische Ausnutzung der Situation verzichtet. Sie hat — mit Hilfe der Gewerkschaften — die nationale Demonstration des passiven Widerstandes unterstützt.

Waren es nicht Arbeiter, waren es nicht Sozialdemokraten, die die den passiven Widerstand tragenden Massen stellten? Haben nicht die Sozialdemokraten an der Ruhr die Leiden und Lasten des Ruhrkrieges so gut auf sich genommen, wie die Bevölkerung anderer Parteirichtung? Ist nicht unsere Presse von den französischen Militärs drangsaliert und verboten worden? Sind nicht erst vor drei Tagen wieder zwei unserer Parteizeitungen im besetzten Gebiet verboten worden? Unsere Partei in Gemeinschaft mit dem Zentrum ist im Rheinland der Kern des Widerstandes gegen den Separatismus. Gewaltig sind die Leiden, die sozialdemokratische Arbeiter im Westen im Kampfe gegen den französischen Imperialismus und den Separatismus auf sich genommen haben.

Aber ein erbärmlicher Klopffechter wagt es trotzdem, im Lübecker General-Anzeiger das verlogene Wahlschlagwort zu prägen: gegen die antinationale Sozialdemokratie. Das ist der Dank für die nationale Treue der sozialdemokratischen Arbeiter! Man speit ihrer Partei und damit ihnen selbst ins Gesicht.

Ist es denn schon so lange her, daß beim Abbruch des passiven Widerstandes die Sozialdemokratie sich entschloß, zur Rettung Deutschlands die schwere Verantwortung für den Eintritt in die Regierung der großen Koalition zu übernehmen? Im Interesse Deutschlands, das es nicht nur aus schwerer finanzieller Bedrängnis zu retten galt, sondern auch vor den Anstürmen der völkischen Reichsverderber wie vor den Zerreißungstendenzen in Bayern und am Rhein, hat die Sozialdemokratie auch dies Opfer gebracht. Es war ein Opfer; denn sie bezahlte die Haltung mit ihrer strengen Parteigeschlossenheit, mit dem Hervortreten einer Opposition, die erzeugt wurde durch die Erbitterung über die antisozialen und reaktionären Vorstöße gegen die Arbeiterschaft und ihrer Rechte, die brutale Interessentenpolitik gerade in der schwersten Stunde der Reiches unternahm.

Kann eine Partei schwerere Opfer bringen, als sie die Sozialdemokratie im Interesse Deutschlands gebracht hat? Aber wir verstehen wohl, aus welchen Quellen jene verlogene, haßerfüllte Wahldemagogie der nationalen Phrase gegen die Sozialdemokratie fließt. Die sozialdemokratischen Arbeiter sind nicht gewillt, das Vaterland, dessen Einheit und dessen staatlichen Bestand sie mit schweren ideellen und materiellen Opfern verteidigen, zu einem Arbeiterzuchthaus gestalten zu lassen. Ihr Ziel ist ein Vaterland der Freiheit und der Gerechtigkeit. Der sozialen Gerechtigkeit vor allen Dingen. Sie dulden es nicht, daß die Kreise, die nationale Gesinnung und nationalen Widerstand am lautesten im Munde führen, sich den Leistungen für den Staat entziehen. Sie dulden keine Politik, die mit heuchlerisch nationaler Begründung die breiten Massen des Volkes ins Elend wirft um des Wohlergehens einiger weniger willen.

Denn die breiten Massen der Bevölkerung sind die wahren Quellen nationaler Kraft. Niemals wird Deutschland stark sein, solange die breiten Massen seiner Bevölkerung unter dem entsetzlichen Druck von Not und Hunger dahinseufzen. Niemals kann Deutschland sich erheben aus seiner Not, wenn nicht Wohlfahrt und Kultur seiner Arbeitermassen gehoben wird. Hier sind die Aufgaben nationaler Politik, nicht in der Demonstration nach außen allein, und vor allem nicht in hohlen Demonstrationen, hinter denen keine Macht steht.

Für die Erhaltung des Reiches bringt die deutsche Arbeiterschaft schwere Opfer. Sie weiß, daß der Verlust des Krieges auch sie materiell treffen muß, und daß sie ihren Teil tragen muß. Daß sie aber darüber hinaus belastet wird, um Leistungsfähigere zu entlasten, daß ihr über das Notwendige hinaus ihre sozialen Rechte geraubt werden, um die Stellung des Unternehmertums zu befestigen — dagegen kämpft sie mit Entschiedenheit.

Das aber ist es, was die Vertreter brutaler Interessenpolitik mit Erbitterung erfüllt. Sie wollen die Zeit der nationalen Not

Der Zusammentritt des Reichstags.

Der **Aeltestenrat des Reichstages** beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Termin des Zusammentrittes des **Plenums des Reichstages.** Die Regierung wünschte, daß die Einberufung **nicht früher als für die zweite Hälfte des Februar** in Aussicht genommen werde. Die Anwesenheit der interalliierten Sachverständigen und die Beratungen über die dritte Steuernotverordnung durch die Ausschüsse des Reichsrats und des Reichstags lasse einen früheren Termin unzweckmäßig erscheinen.

Die **sozialdemokratischen** Vertreter befürworteten eine Einberufung des Reichstagsplenums **so rasch als möglich.** Voraussetzung dafür sei jedoch, daß die Regierung sich bereit erkläre, in der ersten Sitzung des Reichstages eine allgemeine Aussprache über die politische Lage zu ermöglichen. Außerdem erachteten sie es für erforderlich, daß die **dritte Steuernotverordnung durch den Reichstag selbst beraten werde,** statt auf dem Wege des Ermächtigungsgesetzes verordnet zu werden. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien stimmten dem Vorschlag der Regierung zu mit der Maßgabe, daß in einer späteren Sitzung des Aeltestenausschusses im ersten Drittel des Monats Februar der Termin der Reichstagseinberufung endgültig festgelegt werde. Außer den bereits tagenden Ausschüssen sollen weitere Ausschüsse in der Zwischenzeit nicht einberufen werden.

Der Ausschuß beschäftigte sich ferner mit der Anregung des Reichsfinanzministeriums, für die Abgeordneten künftig die erste Wagenklasse zur Benutzung auszuschließen. Die Parteien stellten sich einmütig auf den Standpunkt, daß, solange die erste Wagenklasse nicht abgeschafft sei, auch den Abgeordneten das Recht zu ihrer Benutzung nicht entzogen werden dürfe. Ferner müsse geprüft werden, ob durch diese Maßnahme überhaupt die Möglichkeit zur Erzielung von Ersparnissen gegeben sei.

Kampfabbruch.

SPD. Essen, 30. Januar. (Eig. Drahtber.)

Eine Bezirkskonferenz des **Deutschen Metallarbeiter-Verbandes** kam am Dienstag nach eingehender sachlicher Beratung zu folgendem Entschluß: „Ausgehend von der Tatsache, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband zurzeit allein den Kampf um den Achtstundentag gegen das Unternehmertum und die Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften nicht führen kann, ist es der Konferenz nicht möglich, den ihr zugehörenden Mitgliedern die Fortsetzung des unter schwierigsten Verhältnissen geführten Widerstandes zu empfehlen. Das ist **keine Anerkennung des Berliner Verhandlungsergebnisses,** sondern **eine erzwungene Unterordnung.** Die Konferenz beschließt, zu gegebener Zeit den rücksichtslosesten Kampf um den Achtstundentag erneut aufzunehmen. Den Düsseldorfer Kollegen, die den Widerstand weiter fortsetzen, wird weitgehendste moralische und finanzielle Unterstützung zugesichert."

Wahl und Ausnahmezustand.

Militärische Wahlbeeinflussung.

SPD. Weimar, 30. Januar. (Eig. Drahtber.)

Zwei Reichswehroffiziere und ein Kriminalbeamter beschlagnahmten am Mittwoch in unserer Jenaer Parteidruckerei ein Wahlflugblatt der Sozialdemokratischen Partei. Den Grund des Verbotes und der Beschlagnahme bildet eine Abbildung, die von dem Wehrkreiskommando 4 Dresden für die sächsischen Gemeindewahlen freigegeben war und in den letzten Tagen auch von dem Reichswehrkommando Gera zum Anschlag genehmigt worden ist. Das Flugblatt selbst wurde bereits am 19. Januar gedruckt und zum Versandt bezw. Verbreitung gebracht.

Ueber das Mitglied unserer Partei, Frau Regierungsrat Dr. Olga Essig, ist Briefzensur verhängt. Da Genossin Essig **Mitglied des Bezirkswahlausschusses** ist und ihre Post **mit 6- und 8tägiger Verspätung** von der Militärbehörde ausgehändigt bekommt, sind **die größten Störungen** in der Vorbereitung von Versammlungen eingetreten.

Die Verhängung der Briefzensur ist eine der drückendsten Ausnahmemaßregeln, die während des Krieges von den alten Militärbehörden verhängt wurde. Sie hat Entrüstung und Empörung bei allen freiheitlich denkenden Menschen hervorgerufen und ist im Reichstag wiederholt als Kulturschande gebrandmarkt worden. Die Anwendung dieser Maßnahme gegen eine Beamtin während der Wahl muß den Schluß hervorrufen, daß eine Störung der sozialdemokratischen Wahlarbeit beabsichtigt ist. Es wird die Frage bestehen, ob Wahlen, die durch die Militärbehörde so gestört und beeinflußt werden, überhaupt gültig sind.

Wird die Reichsregierung nun endlich den Ausnahmezustand aufheben, oder will sie erst warten, bis ein Entrüstungssturm über alle Parteigrenzen hinweg ihn fortfegt? Gestern hat auch die Hamburger Bürgerschaft gegen die Stimmen der Deutschnationalen einen Antrag angenommen, den Senat zu ersuchen, sofort bei der Reichsregierung Schritte einzuleiten, um die **Aufhebung des Belagerungszustandes** zu erwirken. Versteht die Reichsregierung diese Signale nicht? Sie wird mit ihrem starren Festhalten am Ausnahmezustand schließlich nur das Gegenteil von dem erreichen, was sie will.

benutzen, um die Arbeiterschaft erneut sozial zu unterwerfen. Für sie ist nationale Politik identisch mit einer Unterdrückungspolitik gegen die Arbeiterschaft. Die deutsche Arbeiterschaft ist für sie nicht Zweck, sondern nur Mittel. Sie haben schon wieder vergessen, daß die deutschen Arbeiter während des Krieges die Divisionen füllten, sie haben den Ruhrkampf und seine nationalen Lehren vergessen. Sie schänden wahrhaft nationale Gesinnung durch die verlogene demagogische nationale Wahlphrase. Damit aber rütteln sie an den Wurzeln nationaler Kraft. Ohne die deutsche Sozialdemokratie, ohne die deutschen Arbeiter ist keine wahrhaft nationale Politik möglich, deren Aufgabe die Erhaltung und Stärkung des Reiches, aber auch die kulturelle und materielle Hebung des Volkes ist.

Die aber, die jetzt so laut auf ihre nationale Gesinnung pochen, die unter falscher nationaler Flagge Haß säen wollen gegen die Arbeiterschaft, um elende Wahlgeschäfte zu machen, die treiben ein trauriges Handwerk im Dienste brutaler Interessenpolitik, die nach Wohl und Wehe des Reiches nicht fragt. Die zerstören die Voraussetzung nationaler Politik, indem sie die bekämpfen, die in Wahrheit die Nation sind — die breiten Massen des Volkes.

Mit Verachtung wenden wir uns von ihnen ab.

Was ist ein Patriot?

Wir lesen im „Hamburger Fremdenblatt":

„Ein Zeitbild: Die Hamburger Gruppe der Deutschnationalen Volkspartei hat am Montag eine sog. vaterländische Kundgebung abgehalten. Diese Kundgebung bestand darin, daß man Fahnenabteilungen der Jugendverbände aufziehen ließ, Armeemärsche spielte, das Ehrhardt-Lied sang und daß ein Redner folgende Sätze prägte: „Die Sozialdemokratie ist die Partei des undeutschen Marxismus. Die deutschen Demokraten werden mit oder ohne Herrn Peterssens Führung an politischer Knochenerweichung zugrunde gehen. Auch das Zentrum ist international, undeutsch bis aufs Mark; es benutzt die Religion für parteipolitische Geschäfte. Nicht anders ist es mit der Deutschen Volkspartei, der neuesten streng republikanischen Partei. Vor einiger Zeit noch hatte sie die schwarz-weiß-rote Fahne, die zu Wahlzwecken gut zu gebrauchen war. Heute ist sie unter Dr. Stresemanns Führung zur Partei der Feigheit, der inneren Unwahrhaftigkeit und des Verrates am nationalen Gedanken geworden." Wer nun nicht weiß, was ein Patriot ist, dem ist nicht mehr zu helfen."

Wir empfehlen die Ausführungen des deutsch-nationalen Redners den geistig Armen in Lübeck zur gemeinten Benutzung. Vielleicht finden sie darin geistige Anregung für die Führung des Wahlkampfes, wenn ihnen der eigene Sprachvorrat ausgegangen ist.

Die dritte Steuernotverordnung.

Regelung der Aufwertungsfrage.

SPD. Das Reichskabinett hat am Dienstag nach langem Hin und Her den Entwurf der dritten Steuernotverordnung genehmigt. Diese Verordnung enthält gegenüber ihren beiden Vorgängerinnen erhöhte Bedeutung durch die Regelung der Aufwertungsfrage und die Frage der Besteuerung der Inflationsgewinne. Ueber den Erfolg des von der Reichsregierung unternommenen Schrittes können natürlich nur die Folgen entscheiden, die sich u. E. nach bald einstellen werden. (Siehe auch den Artikel „Die Umstellung auf Gold" in dieser Nummer".) Wir erinnern nur an das Drängen der Besitzer öffentlicher Anleihen, die sich bereits zu festen Organisationen zusammengeschlossen haben, nach Aufwertung der Staatsanleihen. Wir sind weiter der Auffassung, daß die Regierung durch die dritte Steuernotverordnung für die Befriedigung ihres Finanzbedürfnisses einen möglichst komplizierten Weg gewählt hat.

Der Entwurf selbst trägt alle Merkmale des Kompromisses, der aus dem Kampf zwischen Finanz- und Justizminister hervorging. Ein Musterbeispiel von Entschiedenheit und Klarheit ist er nicht. Material liegt die Verordnung für Vermögensanlagen, d. h. insbesondere für Hypotheken und andere Darlehnsansprüche gegen private Schuldner grundsätzlich eine Aufwertung von 10 v. H. des Goldwertes der Forderungen vor. Besonders unerfreuliche Verhältnisse des Schuldners berechtigen ihn zu geringerer Aufwertung. Eine Sonderregelung ist für Pfandbriefe gegeben, die den Ausschluß der Spekulationserwerber und die Begünstigung von altem Besitz von Mündeln, gemeinnützigen Anstalten und Stiftungen sowie ähnlichen zu mündelsicherer Anlage gezwungenen Gläubiger vorsehen. Für die Regelung von Ansprüchen auf Sparkassenguthaben und Lebensversicherungsverträgen gelten besondere Bestimmungen, die eine angemessene Verteilung der aufgewerteten Vermögenswerten sicherstellen. Für die Erledigung der zugelassenen Aufwertung dient ein besonderes Verfahren. Für öffentliche Anleihen ist bis zur Abdeckung aller Reparationsverpflichtungen der Anspruch auf Kapital und Zins aufgehoben. Ob überhaupt, und wenn, in welchem Umfange und zu welchem Zeitpunkt Zinsen und Tilgungsdienst wieder aufgenommen werden sollen, wird in späterer Zeit durch ein besonderes Reichsgesetz geregelt.

Die Aufwertung gibt dem Gläubiger nur einen Teil des Geldwertunterschiedes zwischen der alten Goldmarkforderung und deren Papiermark. Der verbleibende Geldentwertungsgewinn des Schuldners wird besteuert. So werden Obligationenschuldner, die vor dem 31. Dezember ihre Obligationen getilgt haben, mit 12 v. H. des Goldmarkwertes der Schuldverschreibungen besteuert. Die Steuer ist grundsätzlich in Halbjahresraten von je 2 v. H. zu zahlen. An diesem Zeitpunkt noch nicht getilgte Schuldverschreibungen tragen 2 Prozent Steuer, weil hier die Aufwertung noch nicht zutrifft. Die Besteuerung von Inflationsgewinnen aus Krediten bei der Ausgabe von Notgeld und aus öffentlichen Zuschüssen zum Bau von Wohngebäuden sowie schließlich der Geldentwertungsgewinn der Eigentümer bei belastetem unbebauten Grundbesitz wird vorbereitet. Bei unbebautem Grundbesitz wird im Interesse der Sicherung der Volksernährung die erste Rate zeitlich hinausgeschoben. Die Besteuerung des Geldentwertungsgewinnes bei bebautem, insbesondere städtischem Grundbesitz im Anschluß an die Steigerung der Mieten soll ebenso wie die Steuer von unbebautem Grundbesitz den Ländern vorbehalten bleiben. Diesen wird auch die Besteuerung der Geldentwertungsgewinne zugewiesen, die aus Holzverkäufen aus Forsten öffentlicher Körperschaften entstanden sind. Der finanziellen Not der Länder soll weiter durch neue Verteilung bestehender Steuerquellen abgeholfen werden. Um die aus dem Aufwertungsverfahren sich ergebenden Bewertungsschwierigkeiten für die Steuern der nächsten Zeit auszuschließen, sind besondere Bestimmungen über ihre Bewertung in der Steuerbilanz getroffen worden. Weiter enthält die Verordnung gewisse Bestimmungen über Aenderung im Steuerfestsetzungsverfahren, indem den Gemeinden auf den Gang der Verfahren möglichst großer Einfluß eingeräumt worden ist.

Die Vaterschaft an der Rentenmark.

Wir lesen in der „Vossischen Zeitung": Der Ruhm, den Dr. Helfferich für sich in Anspruch nimmt, Vater der Rentenmark zu sein, läßt die anderen Wirtschaftspolitiker der Rechten nicht ruhig schlafen. So meldet sich jetzt der zum rechten Flügel der Volkspartei gehörige Abg. Dr. Gildemeister und verrät der Oeffentlichkeit, daß schon in den letzten Wochen der Regierung Cuno „im Kreise seiner Freunde ein Rentengeld auf Grund einer staatlichen Umlage vorgeschlagen" worden sei, die auf Roggen, Kohle und Kali lauten soll. Erst später sei Dr. Helfferich als banktechnischer Fachmann konsultiert worden und habe darauf geantwortet, der Gedanke sei ihm noch zu neu, er wolle ihn sich überlegen.

Herr Dr. Helfferich hat freilich früher bereits erklärt, daß er noch der Regierung Cuno einen Plan zur Schaffung einer Roggenwährung vorgelegt habe. Aber es wäre durchaus möglich, daß der ebenso geniale, wie unbrauchbare Gedanke, ein Geld, das unmittelbar auf einem Sachwert basiert ist, herauszugeben, damals gleichzeitig in mehreren Köpfen entstanden ist. Der Gedanke schien geradezu in der Luft zu liegen, und wir erinnern uns noch, daß in jener Zeit fast täglich ein neuer Sachwert-Geldplan uns zuging. Der eine wollte ein Kali-Geld gründen, der andere Elektrizitätsbons ausgeben, der dritte einen Eisenbahnpfennig einführen. Gottlob ist aus allen diesen Plänen ebensowenig geworden, wie aus der Roggenmark Dr. Helfferichs. Zum Glück hat der damalige Finanzminister Dr. Hilferding vielmehr darauf bestanden, daß das neue Geld nicht unmittelbar an ein der Konjunktur unterworfenes Agrar- oder Industrieprodukt gebunden wird, sondern daß wenigstens als Recheneinheit sofort zur Goldmark übergegangen wird. Was natürlich für die Rechtsparteien kein Hinderungsgrund sein soll, in ihren Reihen weiter fleißig danach zu forschen, wer den unmöglichsten Vorschlag zur Währungsreform gemacht hat.

Harte Urteile.

Landfriedensbruchprozesse wegen Notunruhen.

Eine große Zahl von Landfriedensbruchprozessen ist in den letzten Tagen vor der außerordentlichen Strafkammer in Glogau durchgeführt worden. Nicht weniger als 177 Angeklagte, meistens Arbeiter und Frauen, wurden wegen Teilnahme an Teuerungsunruhen in kleineren schlesischen Industrieorten und an Zusammenstößen während des großen schlesischen Landarbeiterstreiks im letzten Sommer in zwölf Verhandlungen abgeurteilt. Zwei Angeklagte wurden zu Zuchthausstrafen, über 100 zu Gefängnisstrafen, über 30 zu Geldstrafen verurteilt, nur wenige freigesprochen.

Im Gentbiner Landfriedensbruchprozeß verurteilte das Sondergericht nach sechstägiger Verhandlung die Rädelsführer Kammradt und Hallmann wegen schweren Landfriedensbruchs zu zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis. Sechs Angeklagte wurden wegen einfachen Landfriedensbruch bezw. Aufreizung zu Gefängnis von sechs Monaten bis zu eineinhalb Jahren, die übrigen Angeklagten zu je fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht sah die zur Zeit der Straftaten herrschende Not der Landarbeiterschaft als mildernden Umstand an.

Arbeit und Brot dem Volke!

Wählt sozialdemokratisch:

Liste Ehlers!

Neuer Zollwucher.

SPD. Die Bestrebungen der Landwirte auf Herbeiführung von neuen Zöllen werden immer deutlicher. Am Mittwoch beschäftigte sich auch der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichslandbundes mit der künftigen Zollpolitik unter besonderer Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Bedürfnisse. Eine Mitteilung über die Beschlüsse dieser Körperschaft wird von der Agrarierpresse nicht gegeben, dagegen wird in dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung" mitgeteilt, daß die Landwirtschaft „ein richtiges Verhältnis der landwirtschaftlichen Erzeugungspreise zu den landwirtschaftlichen Erzeugungskosten" anstrebt. Mit anderen Worten: Die Landwirtschaft, die durch den Freihandel die Verbilligung der Lebensmittel versprach, will jetzt eine neue Zwangswirtschaft zur zwangsweisen Heraustreibung der Lebensmittelpreise benutzen.

Zentrumsarbeiter gegen Stegerwald.

SPD. Breslau, 30. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Stegerwald wird wegen seiner Stellungnahme gegen den bekannten offenen Brief Dr. Wirths von den Zentrumsblättern Schlesiens ziemlich kräftig abgeschüttelt. So bringt die „Schlesische Volkszeitung", das Stegerwald seine Ausführungen gegen Wirth weder in seiner Eigenschaft als Zentrumsführer noch als Führer der christlichen Gewerkschaften gemacht habe. Vom Zentrumsstandpunkt aus wären seine Auslassungen nach der Stimmung des Parteiausschusses inopportun gewesen und vom Standpunkt der christlichen Gewerkschaften aus müsse man bedenken, daß im Osten nicht die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, sondern der Deutschnationale Arbeiterbund die Arbeit der christlichen Gewerkschaften am kräftigsten angreife und ihren Mitgliederbestand am stärksten bedrohe.

Die Sachverständigen in Berlin.

Berlin, 30. Januar. (Drahtbericht.) Das Komitee für Budget und Währung veröffentlicht folgendes Kommunique:

„Das erste Sachverständigenkomitee trat heute vormittag 11 Uhr zusammen. Es beschloß, sich an den Reichskanzler zu wenden, um die Verbindung herzustellen mit den Personen, die offiziell befugt sind, Auskunft zu geben über die technischen Fragen, mit denen sich das Komitee zu befassen hat. Das Komitee hat den Wunsch, seine Untersuchungen in Berlin mit der möglichsten Eile durchzuführen, aber es beabsichtigt nicht, seinen Bericht vor seiner Abreise abzufassen."

Der Reichskanzler empfing am Mittwochnachmittag in Gegenwart des Reichsaußenministers, Finanzministers und Wirtschaftsministers die Mitglieder des in Berlin weilenden Sachverständigenkomitees. Er begrüßte sie in einer unpolitischen Rede, indem er u. a. darauf verwies, daß von der deutschen Regierung alles geschehen solle, um dem Ausschuß die ihm gestellte schwierige Aufgabe zu erleichtern. General Dawes, der Vorsitzende des ersten Ausschusses, gab in seiner Erwiderung der Hoffnung Ausdruck, daß durch den gegenseitigen Gedankenaustausch eine gemeinsame Verständigung bald möglich werde.

Der Sachverständigenausschuß wird bereits am Donnerstag vormittag um 10 Uhr die inzwischen begonnenen Arbeiten fortsetzen. Er will zunächst die Budgetfragen und dann die Währungsfragen behandeln. Inzwischen haben die Mitglieder des Ausschusses Gelegenheit genommen, die wesentlichen Teile der von der Regierung überreichten Denkschrift, insbesondere den Goldetat, zu prüfen. Erst nachdem die genannten Fragen durchberaten sind, soll das Problem der Goldnotenbank behandelt werden.

Am Mittwoch abend trafen, wie bereits angekündigt, die folgenden Mitglieder des II. Ausschusses (Kapitalflucht) mit Begleitpersonal in Berlin ein: MacKenna, Generaldirektor der Midlandbank, Henry Robinson, Präsident der Nationalbank von Los Angelos, Dr Mario Alberti, Vizedirektor des Credite Italiano, Albert Janssen, Direktor der Belgischen Nationalbank. Die Herren wurden ebenfalls von dem Mitglied der Kriegslastenkommission, Regierungsrat Dr Mayer empfangen.

Der Reparationsskandal in Frankreich.

SPD. Paris, 29. Januar. (Eig. Drahtber.) Die Fortsetzung der Debatte über die Finanzgesetze der Regierung hat am Dienstag eine interessante Wendung genommen. Der Abgeordnete Deris brachte die gewaltigen Unterschleife in den zerstörten Gebieten zur Sprache und erklärte, daß man dem Lande unmöglich die Lasten neuer Steuern auferlegen könne, während man den Kriegsgewinnlern in den besetzten Gebieten gestatte, den Staat um ungezählte Milliarden zu betrügen. — Die Nachmittagssitzung vom Dienstag gab dem sozialistischen Abgeordneten Inghels, der als Erster den Riesenskandal in den zerstörten Gebieten aufgedeckt hat, Gelegenheit, sein erdrückendes Material vor der Kammer zu entwickeln und nachzuweisen, daß in der Tat das Defizit im Budget mehr als gedeckt werden könnte, wenn die Regierung die Rückforderung der betrügerisch erhobenen Entschädigungen mit Energie betreiben würde.

Der französische sozialistische Parteitag.

SPD. Paris, 30. Januar. (Eig. Drahtber.)

In Marseille wurde am Mittwoch der Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs eröffnet. Für die Beratungen sind insgesamt fünf Tage vorgesehen. Die Tagesordnung der ersten zwei Tage ist ausgefüllt mit internen Parteiangelegenheiten und Fragen administrativer Natur. Am Mittwochvormittag hat das Aktionskomitee der Partei seinen Rechenschaftsbericht erstattet, an den sich am Nachmittag eine eingehende Aussprache anschloß. Für Donnerstag steht die Haltung der Sozialistischen Kammerfraktion zur Debatte. Das Hauptproblem, das den Parteitag beschäftigen wird, bildet die Neuwahl zur Kammer, d. h. die Aufstellung eines Wahlprogramms und die Festlegung der Wahltaktik. Hier ist die Streitfrage: Zusammengehen mit den Kommunisten oder ein freies Wahlbündnis zwischen den Nachbargruppen der bürgerlichen Demokratie, über die der Parteitag zu entscheiden haben wird. Die von den Kommunisten an ein Wahlbündnis geknüpften Bedingungen, darunter das Verzicht auf jegliche Vereinbarungen mit bürgerlichen Parteien und die Wiederherstellung einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation, d. h. der Kampf gegen die alte (sozialistische) C. G. T. hat im sozialistischen Lager die Anhänger des von den Kommunisten propagierten „Blocks der Arbeiter und Bauern" auf eine ganz geringe Minderheit zusammenschrumpfen lassen. Von den lokalen Kongressen der Bezirksorganisationen haben sich lediglich die Verbände des Departements Allier für die Eventualität eines Bündnisses mit den Kommunisten ausgesprochen. Der Bezirkstag des industriellen Nordens, der bis zur Bekanntgabe der kommunistischen Bedingungen ebenfalls mit dem Gedanken eines Blocks der Arbeiterpartei sympathisierte, ist neuerdings davon sehr entschieden abgerückt. Die überwiegende Mehrheit des Departements ist für ein taktisches Zusammengehen mit den demokratischen Nachbargruppen, wobei die Tendenz dahin geht, von einem Kartell auf breiter Grundlage abzusehen und den provinziellen Organisationen zu überlassen, überall da, wo durch einen Zusammenschluß dem Nationalen Block ein Mandat entrissen werden kann, lokale Vereinbarungen mit den bürgerlichen Parteien zu treffen.

Kleine politische Nachrichten.

Das Reich und das Rheinland. Die große Aussprache über die Rhein- und Ruhrfragen, die am Sonnabend innerhalb des Reichskabinetts unter Hinzuziehung des preußischen Ministerpräsidenten Braun und des deutschen Geschäftsträgers in Paris, v. Hoesch, stattfand, hat die Richtlinien der Politik des Kabinetts Marx neu befestigt. Es besteht Uebereinstimmung darüber, daß für die Erhaltung des besetzten Gebietes in seiner nationalen Einheit und für seine unveränderte Zugehörigkeit zum Reich auch die schwersten Opfer zu bringen seien. Insbesondere werden diese Richtlinien maßgebend sein für die Frage der Besatzungskosten. Man ist entschlossen, alles zu tun, um im besetzten Gebiet auch nicht einen Augenblick lang das Gefühl aufkommen zu lassen, daß die Regierung materielle Hilfsopfer für die Rheinlande scheue.

Der Parchimer Mord. Der deutschvölkische Fehmenmord an dem Landwirtschaftsschüler Walter Cladow in Parchim wird voraussichtlich in der zweiten Februarhälfte vor dem Staatsgerichtshof Leipzig seine gerichtliche Sühne finden. Wegen Mordes, Teilnahme am Mord, Begünstigung und Geheimbündelei werden sich acht Angeklagte zu verantworten haben.

Der preußische Goldetat. Der im Preußischen Landtage vom Finanzminister vorgetragene preußische Goldmark-Haushalt 1924 schließt mit einem Fehlbetrag von 427 Millionen Goldmark ab.

Die Gefahr einer Regierungskrise in Preußen ist im Laufe des Mittwoch dadurch gebannt worden, daß nach einer etwas stürmischen Sitzung der Zentrumsfraktion am Vormittag in der anschließenden Beratung des Hauptausschusses eine Einigung über die Staffelung der Sätze für die Grundsteuern zustandekam. Damit ist die Grundsteuer und auch der Bestand der Koalition gesichert.

Ein Separatistenführer erschossen. Der französische Spitzel und Denunziant, der berüchtigte Separatistenführer Ingenieur Gumbinger, der viele Ausweisungen und Bestrafungen Roxheimer Familien auf dem Gewissen hat, fiel gestern abend gegen 7 Uhr auf einer Reise nach Roxheim der Volksjustiz zum Opfer und wurde durch Revolverschüsse so schwer verletzt, daß er in hoffnungslosem Zustand in das Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Die Täter sind unerkannt entkommen.

Der Dresdner Theaterskandal. Bei den Vorgängen im Staatlichen Schauspielhaus in Dresden anläßlich der Hinkemann-Aufführung wurden 57 Personen polizeilich festgestellt. Die Organisation der Störungsaktion lag in den Händen des Vorsitzenden des Hochschulrings Dietrich, der auch noch während der Vorstellung weitere Anordnungen gab. Seine Helfershelfer sind zumeist Studenten und Angehörige der sogenannten höheren Berufe. Gegen alle namentlich festgestellten Personen wird gerichtlich vorgegangen werden.

Italien als Kreditgeber Rumäniens. Die rumänische Regierung soll die Anleihe, die sie in Paris ausschlug, nunmehr in Höhe von 100 Millionen Lire von Italien erhalten.

Venizelos zieht sich zurück. Aus Athen wird gemeldet, daß der Zustand von Venizelos, der während einer Sitzung des Parlaments am Dienstag einen nervösen Zusammenbruch erlitt, ernst sei. Vermutlich wird er sich vollständig aus dem politischen Leben zurückziehen müssen und es dürfte in den allernächsten Tagen aus der Mitte des Kabinetts ein neuer Ministerpräsident bestimmt werden.

Die Umstellung auf Gold.

SPD. Die Umstellung der deutschen Wirtschaft auf Gold hat zwei Fragen in den Vordergrund der öffentlichen Erörterung gerückt: die Errichtung einer Goldnotenbank für Deutschland und die Aufwertung der Hypotheken, Obligationen und so weiter. Zur Stunde ist eine Lösung dieser Riesenprobleme völlig unbestimmt. Ueber die Bankfrage wird heute noch sowohl in Berlin als auch in Paris und anderen Städten des Kontinents verhandelt. Allem Anschein nach sind neue weitere Komplikationen eingetreten, sodaß ein endgültiger Abschluß nicht bald zu erwarten ist. Dagegen ist sich das Reichskabinett nach langem Hangen und Bangen über die Aufwertung schlüssig geworden. Aber auch hier ist anzunehmen, daß das zwischen Finanz- und Justizminister zustande gekommene Kompromiß nur ein vorläufiges ist. Mögen die Lösungen nun schließlich ausfallen wie sie wollen — sie werden für die weitere Entwicklung der deutschen Wirtschaft von geradezu epochemachender Wirkung sein.

Die Aufwertungsfrage steht augenblicklich, wenn sie auch schließlich von nicht so großer Bedeutung ist wie die Notenbankfrage, mehr im Mittelpunkt des Interesses der Bevölkerung, weil breite Schichten an ihrer Regelung materiell interessiert sind. Während der Inflationszeit hat nämlich das Reich mit unbegreiflicher, aber um so größerer Konsequenz an dem Grundsatz festgehalten: Mark ist gleich Mark, obwohl die Goldmark bereits mit Millionen, Milliarden und Billionen Papiermark gewertet wurde. Das Reich verlor dadurch jahrelang sein Steuereinkommen, erlangte aber durch fast völlige Streichung der Schuld wertvolle Kompensationen. In der privaten Wirtschaft trug man auf Grund der Inflationsverhältnisse mit Pfennigen wertvolle Hypotheken ab, Obligationen, einst mit vielem und gutem Gelde bezahlt, wurden für nichts und wieder nichts eingezogen, Guthaben und Einlagen bei Sparkassen, Banken usw. entwerteten über Nacht und bedeuteten nichts mehr. Die Expropriation ging rücksichtslos vor sich. Die wirtschaftlich Schwächeren bezahlten in der Regel die empfindliche Inflationssteuer, während sich die Kontrahenten bereicherten. Es war also nur natürlich, wenn die Geschädigten, als sich der Grundsatz, die Mark ist gleich 4 200 Milliarden, durchsetzte, ihre Ansprüche anmeldeten und eine entsprechende Aufwertung verlangten. Bezüglich der Hypotheken ist das Recht der Geschädigten ja auch bis zu einem gewissen Grade von dem obersten Gericht der Republik anerkannt worden. Nun wird das Reich in der dritten Steuernotverordnung diesem Grundsatz gewissermaßen beipflichten, indem es die Inflationsgewinne, die es sicher ohne die zu erwartenden Komplikationen und vielleicht besser einbringen konnte, für sich reklamiert. In der Praxis wird das Vorgehen des Reiches eine Unsumme von anderen Aufwertungsforderungen, vor allen Dingen solcher, für die staatlichen Anleihen auslösen. U. E. entspricht es nur dem Gebot der Billigkeit, wenn der kleine, durch seine Sparkasse betrogene Sparer nicht hinter dem Hypothekenbesitzer zurücksteht.

So beschwört der Verlauf, den die Aufwertungsfrage bisher genommen hat, eine Revision unserer ganzen wirtschaftlichen Vergangenheit herauf, und es wird interessant sein, zu beobachten, wie die beiden Steuerleute Emminger und Luther mit diesem Chaos, wenn es eintreten sollte, fertig werden. Im Gegensatz dazu geht die Frage der Goldnotenbank die Zukunft unserer Wirtschaft an. Der Plan dieser Bank, mit dem Namen des gegenwärtigen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht verknüpft, ist zu bekannt, sodaß an dieser Stelle auf Wiederholung der Einzelheiten des Projekts verzichtet werden kann. Uns interessiert an dieser Stelle für heute die oft und gerade in sozialistischen Kreisen geäußerte und zum Ausdruck gebrachte Opposition, die nur natürlich ist, denn das Fundament, auf dem die Goldnotenbank errichtet werden soll, steht im ausgesprochenen Gegensatz zu den bei uns eingebürgerten Anschauungen über Geld und Staat. Ob wir aber den Stab über das Projekt brechen dürfen, hängt von der Möglichkeit ab, etwas anderes an die Stelle des Projekts zu setzen, was den finanziellen Bedürfnissen unseres Landes, besonders dem Zwang, zu einem endgültigen Abschluß in der Währungsfrage zu kommen, genügen könnte. Deshalb muß man sich immer bei der Diskussion des Schachtschen Goldnotenbank-Projekts darüber klar werden, was der Reichsbankpräsident eigentlich will. Sein Plan läuft doch schließlich darauf hinaus, ein vom Staate unabhängiges Geld zu schaffen, sozusagen ein Geld für den internationalen Geschäftsmann, für das Individuum, gleichgültig, zu welcher Nation dieser zählt. Die Vorteile für Wirtschaft und besonders für den Handel liegen auf der Hand. Aber auch die Nachteile sind nicht zu verkennen. Nach dem Projekt stellt die private Wirtschaft zum mindesten den übergroßen Teil des Kapitals und damit auch die Majorität in den entscheidenden Organen der Bank, sodaß der Einfluß auf das Wirtschaftsleben durch die Diskontopolitik vom Staat auf ein Colloquium von Kapitalisten übergeht, in dessen Hand es gegeben ist, den Zinssatz herauf- und heruntersetzen, also die Kredite zu regulieren, worin eben der entscheidende Einfluß auf die Wirtschaft besteht.

Das Projekt Schachts bemüht sich, diese Gefahren für den Staat bis zu einem gewissen Grade zu beseitigen. Unserem Gefühl nach kommt es aber heute bereits nicht mehr darauf an, was das Projekt Schachts will, sondern was die internationalen Kontrahenten eventl. aus ihm machen können. Dieser Umstand wird viele der Besten in Deutschland gegen das Goldnotenbankprojekt einnehmen, umsomehr, als in Kreisen der Experten der Plan bestehen soll, die Reichsbank, die trotz aller Autonomie den traditionellen Zusammenhang mit dem Staat nicht verloren hat und nicht verlieren kann, als Emissionsbank, also als Faktor in der Diskonto- und Kreditpolitik auszuschalten. Ohne Zweifel muß hier eine Revision des Statuts eintreten, wenn der Staat nicht ganz ohnmächtig werden und als bescheidenes Mauerblümchen neben einer übermächtigen privaten Wirtschaft ein unfruchtbares Schattendasein fristen soll.

Arbeit für die Sachverständigen.

SPD. Am Dienstag abend ist das zweite Sachverständigenkomitee der Reparationskommission unter Führung des Amerikaners Dawes in Berlin eingetroffen. Seine Aufgabe ist, die Leistungsfähigkeit Deutschlands an Hand der von der Reichsregierung vorbereiteten Materialien zu prüfen und selbständige Aktionen vorzunehmen, die es glaubt im Interesse einer ordnungsgemäßen Prüfung durchführen zu müssen. Wir glauben nicht, daß die Sachverständigen sich ihrer Aufgabe pflichtgemäß und gewissenhaft entledigen können, wenn sie ihr Tätigkeitsgebiet ausschließlich auf die Reichshauptstadt, die hier ansässigen Verwaltungsstellen und Banken beschränkt. Viel wichtiger zur Feststellung der Leistungsfähigkeit Deutschlands scheint uns ein Besuch der ausländischen Delegierten im Ruhrgebiet, wo Hunderttausende von Arbeitern seit Monaten zu Müßiggang gezwungen sind und viele Tausende nicht arbeiten können, weil das unter französisch-belgischer Regie stehende Verkehrswesen versagt.

Gerade weil wir den Wunsch haben, daß den Sachverständigen eine erfolgreiche Entledigung ihres Auftrages gelingt, sie schonungslos jene Kreise aufdecken, die bisher ihrer Staatsbürgerpflicht nicht genügt haben sollten, müssen wir die Ausdehnung ihrer Prüfung auf das rheinisch-westfälische Industriegebiet, die wirtschaftliche Herzkammer Deutschlands wünschen. 560 000 Bergleute fanden vor dem Einmarsch fremder Truppen in diesem Gebiet Beschäftigung und Brot. Sie förderten im Monatsdurchschnitt 1922 rund 8 Millionen Tonnen Steinkohle, zu deren Abtransport 22 000 Eisenbahngüterwagen notwendig waren. Und jetzt? Die Förderung dürfte für Dezember 1923 kaum 60 Proz. der genannten Menge betragen und wird in diesem Monat ebenfalls nicht wesentlich höher sein. Auf welche Wagengestellungsziffern sich die Regie bisher überhaupt aufgeschwungen hat, bleibt ihr Geheimnis. Nur so viel steht fest, diese Regie der Unordnung hat das schlechteste Verkehrswesen Europas organisiert, alle Vorsätze zur Belebung der Industrie vernichtet, die Berg- und Hüttenwerke zum großen Teil zum Feiern und die Arbeiter zum Hungern gezwungen.

Für den sonstigen Güterverkehr waren im Tagesdurchschnitt 11 000 Waggon notwendig, sodaß der tägliche Bedarf einschließlich der für Kohlentransporte 33 000 bis 34 000 Wagen betrug. Die französische Eisenbahnregie hat es bisher nicht fertig gebracht, auch nur ähnliche Leistungen zu vollbringen. Ueberall liegt das Verkehrswesen brach! Soll es zu seiner einstigen Höhe zurückgeführt werden, — und das ist eine Voraussetzung für die Stärkung der deutschen Leistungsfähigkeit, — dann muß das Verkehrswesen des Ruhrgebietes zunächst der Reichsbahnverwaltung zurückgegeben werden. Nur deutsche Beamte und Arbeiter können das Knäuel entwirren, die Güterbewegung wieder in normale Bahnen lenken. Erst wenn das geschieht, ist die erste Voraussetzung erfüllt, das rheinisch-westfälische Industrierevier wieder produktiv zu gestalten und den hungernden Arbeitermassen Arbeitsgelegenheit zu verschaffen. Ohne dem aber kann kein Land, das seiner Herzkammer beraubt ist, leistungsfähig werden. Da die Sachverständigen aber gerade daran interessiert sind, die Gründe unserer mangelnden Leistungsfähigkeit aufzudecken und ihnen gegebenenfalls abzuhelfen, werden sie ihrer Aufgabe nicht gerecht werden, wenn sie von Berlin abreisten, ohne das Ruhrgebiet objektiv besichtigt zu haben.

Die Mordgesellen untereinander.

SPD. In der Angelegenheit des Mordplanes gegen den General v. Seeckt ist die deutschvölkische Presse nach wie vor aufs eifrigste bemüht, die durch die bisher gewonnenen Ergebnisse der Untersuchung schwer belasteten Kreise reinzuwaschen. Geradezu grotesk muten die Versuche der dem Alldeutschen Verband nahestehenden „Deutschen Zeitung" an, die angeblichen „systematischen Falschmeldungen" zum „Seeckt-Attentat" der Linkspresse anzuprangern, durch die nach ihrer scheinheiligen Beteuerung eine geordnete Rechtspflege unmöglich werde. Aus ihren langatmigen Ausführungen zur Widerlegung dieser „systematischen Falschmeldungen" geht jedoch immerhin hervor, daß der Justizrat Claß im April des vorigen Jahres den verhafteten Dr. Grandel als Vertreter bayrischer vaterländischer Kreise kennengelernt hat und seitdem in Fühlung mit ihm geblieben ist. In mehreren bei Herrn Claß beschlagnahmten Briefen ist auch der Name des Generals v. Seeckt erwähnt, und zwar, wie die „Deutsche Zeitung" sich vorsichtig ausdrückt, „bei gelegentlicher kritischer Beurteilung der Qualitäten" des Generals. Zugegeben wird von dem Blate ferner, daß Dr. Grandel von Justizrat Claß „erhebliche Beträge" erhalten habe, und zwar angeblich „zur Abwehr separatistischer Bestrebungen im besetzten Gebiet".

Im übrigen versucht das Blatt jetzt, das widerspruchsvolle Verhalten des Dr. Grandel vor dem Untersuchungsrichter mit einem körperlichen, seelischen und geistigen Zusammenbruch des Verhafteten zu erklären. Diese Methode ist ebensowenig neu wie glaubwürdig. Wenn wirklich Dr. Grandel, wie der langjährige Prokurist seiner Firma dem Gerichte bekannt gegeben haben soll, schon seit Jahren an einem „schweren psychischen Defekt" gelitten hat, so dürfte ihn wohl kaum der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes für wichtige politische Missionen verwendet haben. Näher liegt immerhin die Annahme, daß Herr Dr. Grandel sein ursprüngliches Geständnis aus Furcht, in seinen Enthüllungen zu weit gegangen zu sein, widerrufen hat, und der „schwere psychische Defekt" erscheint lediglich als der beliebte Vorwand zur Rechtfertigung dieses widerspruchsvollen Verhaltens. Denkt man ferner an die bestimmte Behauptung des Herrn v. Graefe, daß ganz andere Kreise als die Deutschvölkische Freiheitspartei durch die Untersuchung „ungeheuer entlarvt" sein werden, so kann man sich auf sehr erbauliche Prozeßergebnisse gefaßt machen.

Zur Lage der Reichsbahn.

SPD. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir, daß die deutsche Reichsbahnverwaltung sich bemüht, durch deutsche Kohlenlieferungsverträge von den Lasten des englischen Abkommens loszukommen. Das jetzt geltende Kohlenabkommen mit England läuft voraussichtlich im März d. J. ab. In den letzten Tagen ist nunmehr ein Abkommen zwischen der Eisenbahnverwaltung und den deutschen Kohlensyndikaten abgeschlossen worden, wobei die Eisenbahnverwaltung erklärte, einen monatlichen Bedarf von 1 100 000 To. zu haben. Bisher sind jedoch nur 772 000 To. gesichert. Auf das Ruhrgebiet entfallen hiervon 480 000 To. Ob aber die Mengen geliefert werden können, hängt im wesentlichen von der Wagengestellung durch die Regie ab. Die Werke im besetzten Gebiet klagen noch immer über Absatz- und Wagenmangel, weshalb auch die Arbeitskrise nach wie vor andauert.

Devisen-Kurse.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		30. Januar.	29. Januar.
		(In Millionen)	
Amsterdam	1 fl.	1 561 038	1 566 075
Buenos Aires	1 Peso	1 356 600	1 356 600
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	172 568	173 565
Kristiania	1 Kr.	570 570	558 600
Kopenhagen	1 Kr.	678 360	671 318
Stockholm	1 Kr.	1 100 243	1 103 235
Helsingfors	1 finn. Mk.	104 986	104 787
Rom	1 Lire	183 061	184 288
London	1 £	17 855 250	17 955 000
Neuyork	1 Dollar	4 189,500	4 189 500
Paris	1 Frs.	192 767	195 510
Zürich	1 Frs.	725 183	724 185
Madrid	1 Peseta	530 670	528 675
Portugal	1 Escudo	128 677	128 677
Japan	1 Yen	1 865 325	1 865 325
Rio de Janeiro	1 Milreis	458 350	458 350
Wien	1 Kr.	59 351	59 851
Prag	1 Kr.	121 944	120 946
Jugoslawien	1 Dinar	47 979	47 979
Budapest	1 Kr.	144 138	144 138
Bulgarien	1 Lewa	29 925	30 174

Wortbruch und Verrat.

Kommunistische Methoden.

Die Dresdener Stadtverordnetensitzung vom Montag, die bis in die späten Nachtstunden tagte, war für die Arbeiterschaft der beste Anschauungsunterricht darüber, was die Arbeiterklasse von den Kommunisten zu erwarten hat. Auf der Tagesordnung stand die Einführung der neuen Stadtverordneten und die Wahl des Präsidiums. Die Versuche der bürgerlichen Parteien, gegen die Sozialdemokratie einen Bürgerblock zu bilden, waren fehlgeschlagen. Die VSPD. bestand als stärkste Fraktion auf das Vorsteheramt und hatte sich deshalb mit den Kommunisten in Verbindung gesetzt, die bedingungslos die Versicherung abgaben, ihre Stimme einem sozialdemokratischen Vorschlag zu geben. In der Sitzung änderte die KPD. jedoch ihr Verhalten und schlug einen eigenen Kandidaten mit der Absicht vor, dadurch einen Bürgerlichen zum Vorsteher zu machen. Im zweiten Wahlgang (Stichwahl) stimmten aber die Demokraten für den sozialdemokratischen Vorschlag, sodaß die beiden Kandidaten gleiche Stimmenzahl erhielten. Das Los entschied für den sozialdemokratischen Vorsteher Edmund Fischer. Die „Dresdener Volkszeitung" nennt das Vorgehen der Kommunisten „gemeinen Wortbruch" und „übelsten Verrat". Mit solchen Arbeitervertretern, die planmäßig und zielbewußt die Interessen der Arbeiterklasse in so schnöder Weise verraten, sei an kein gedeihliches Zusammenarbeiten zu denken.

Die Partei der trockenen Revolution.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Strathmann veröffentlicht in der „München-Augsburger Abendzeitung" juristische Betrachtungen zu dem Volksbegehren der Bayrischen Volkspartei auf Verfassungsänderung. Er hält das Volksbegehren für verfassungsmäßig nicht zulässig, denn:

„Das Begehren ist kein Begehren auf Abänderung der Verfassung, sondern es ist ein Begehren auf Ermächtigung des neuen Landtags, die Verfassung mit einfacher Mehrheit zu ändern. Das ist etwas ganz anderes. Diese Möglichkeit einer trockenen Revolution ist in der Verfassung nicht vorgesehen. Sie ist vielmehr, da im § 10 I die möglichen Gegenstände des Volksbegehrens erschöpfend aufgezählt sind, bewußt ausgeschlossen." —

Sämtliche Parteien, von den Kommunisten bis zu den Völkischen, haben jetzt also ihre Anhänger aufgefordert, der Bayrischen Volkspartei in ihrem Volksbegehren keine Gefolgschaft zu leisten.

Der Münchener Prozeß.

SPD. München, 29. Januar.

Die Mitteilung des Oberstaatsanwalts Aull, daß von dem Hauptverfahren gegen Hitler und Genossen insgesamt vier Nebenverfahren abgetrennt werden (die Zerstörung der „Münchener Post", die Gelddiebstähle, die Geiselverhaftungen und die Meuterei in der Infanterieschule), die später verhandelt werden, hat in weitesten Kreisen erhebliches Aufsehen erregt; denn es ist klar, daß diese Dinge unbedingt in das Gesamtprozeßbild der Hauptverhandlung gehören. Schon deshalb müßte das der Fall sein, als sie größtenteils strafbare Handlungen darstellen, die ehrenrührig sind und für die mildernde Umstände kaum in Betracht kommen können. Gerade diese Heldentaten aber wurden von Hitlers Elitetruppe, seinem persönlichen Stoßtrupp, ausgeführt und gehen unmittelbar auf das Konto Hitlers. Diese ganze Frage ist für das Gradausmaß von grundsätzlicher Bedeutung, denn von ihrer Beantwortung hängt es offenbar ab, ob Hitler in die Festung oder ins Zuchthaus geschickt wird. Von Interesse ist übrigenes, daß zwei Angehörige der Landespolizei, die Beamten Hamm und Gerum, aktiv an der Zerstörung der „Münchener Post" teilgenommen haben und daß deswegen gegen sie ein Strafverfahren eröffnet ist.

Verdächtige Absichten.

SPD. Sicherem Vernehmen nach interessiert sich die Beamtenabbaukommission, in deren Reihen sich die drei republikfeindlichen Rachegötter Lewald, Busch und v. Welser betätigen, augenblicklich mit verdächtigem Eifer für den Plan der Schwerindustrie, die Sozialpolitik im Reiche abzubauen. Bekanntlich hat die Industrie seit langem dafür eine skrupellose Propaganda in der Unternehmerpresse entfaltet. Wir wissen auch, daß sie sich mit den bisher bekannten Abbauabsichten keinesfalls begnügen will und noch weitere Wünsche in Reserve hat, die sie bei gelegener Zeit durchzusetzen gedenkt. Von dem sozialpolitischen Gebäude soll nach ihrer Ansicht ein Stein nach dem anderen abgetragen werden. Ein derartiger Abbau liegt aber weder im Interesse des Reiches noch der Arbeiter- und Beamtenschaft. Deshalb erscheint es an der Zeit, das würdige Dreimännerkollegium bald verschwinden zu lassen, zumal es bisher nicht begriffen hat, daß es dem Staate und nicht der Schwerindustrie zu dienen hat.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Lübecker Volksbote.

Hiermit bestelle ich den „Lübecker Volksboten" zum Preise von wöchentlich 55 Pfg. zur freien Zustellung ins Haus.

Name: _____

Wohnung: _____

Wie 1914

so beginnt auch in diesem Jahre mein großer

Inventur-Ausverkauf

Ende Januar und dauert vom **31. Januar** bis **13. Februar.** Die Preisherabsetzungen in allen Abteilungen sind ganz gewaltige, außerdem gewähre ich auf alle nicht herabgesetzten Waren einen **Extra-Rabatt** von

10%

Deshalb bietet dieser Verkauf für viele Familien die größte Ersparnis. Einige Beispiele: (10996

Herren-Socken schwere Ware .... Paar **Jetzt 78 58** **38 ₰**
Herren-Socken farbig, makoartig, Paar **Jetzt** **78 ₰**
Herren-Socken schwarz, makoartig, Paar **Jetzt** **78 ₰**
Herren-Socken reine Wolle, Kammgarn, .. Paar **Jetzt** **1.25**
Damen-Strümpfe engl. lang, eleg. Flor u. Seidenflor in versch. Farben, Wert bis 3 Mk., **Jetzt** **68 ₰**
Damen-Strümpfe schwarz. gute Qualität, **Jetzt** **58 ₰**
Damen-Strümpfe schwarz, farbig, gute Qual., **Jetzt** **98 ₰**
Damen-Strümpfe schwarz, deutsch-lang, **Jetzt 98,** **78 ₰**
Damen-Strümpfe schwarz, engl. lang, Seidenflor, **Jetzt** **1.75**
Damen-Cachemire-Strümpfe Wolle, schwarz und farbig ..... **Jetzt** **2.50**
Ein Posten **Damen-Schlupfhosen** Paar **1.25**
Ein Posten **ganz schwere dito** Futter-Ware.... **2.95**
Ein Posten **Korsettschoner** ..... **68 ₰**

Ein Posten **Korsettschoner** ..... **85 ₰**
Ein Posten **gestr. Dam.-Unterhemd.** **1.38**
Ein Posten **schwarz. Dam. Wollwesten** jetzt 2,40 **1.95**
Ein Posten " " " mit Aermel **3.95**
Damen-Trägerhemd aus Renforce mit Zacke .. **1.58**
Damen-Trägerhemd aus Renforce mit Hohlsaum und Schleife..... **2.50**
Damen-Untertaillen mit reich. Stick. **1.58**
Halbleinene Tellertücher **75 ₰**
Makofarb. Herr.-Hemd. Jetzt **2.50**
Makofarb. Herr.-Hemd. Jetzt **2.95**
Makofarb. Herr.-Hemd. Jetzt **3.95**
Makofarb. Herr.-Hosen Jetzt **2.50**
Makofarb. Herr.-Hosen Jetzt **2.95**
Makofarb. Herr.-Hosen Jetzt **3.95**

Herr.-Normal-Hemd. wollgemischt **2.95**
Herr.-Normal-Hemd. Ia. wollgem. **3.95**
Herr.-Normal-Hosen wollgemischt **2.95**
Herr.-Normal-Hosen Ia. wollgem. **3.95**
Ein Posten **Gummi-Hosenträg.** Jetzt 150 95 **58 ₰**
Ein Posten **Ia. Einsatz-Hemden** **3.95**
Ein Posten **Schlosser-Hosen** Jetzt 3.95 **2.95**
Ein Posten **Schlosser-Jacken** Jetzt 3.95 **2.95**
Ein Posten **Herren-Anzüge** in der Inventur zurückgesetzt ..... von 48 38 28 **18.50**
Winter-Ulster, Joppen, Paletots
enorm billig
Ein Posten **Tystei-Stoff** für Herren- u. Knaben-Anzüge . Meter 6.95 **5.95**
Anzugstoff blau Twill, reine Wolle, Mtr. **13.50**
Herren-Hosen für die Arbeit, sowie Sonntagshosen in starker Qualität, **billigst.**

Auf alle nicht mit blau gezeichneten Artikel, wie **Baumwollwaren, Kleiderstoffe, Aussteuer-Artikel** erhalten Sie **10% Rabatt.**

Johannes Holst, Lübeck,

Kohlmarkt 6
Markt 6

Tabakhaus St. Gertrud

Inh. **Karl Specht,** Arnimstraße 1a
empfiehlt
ff. Zigt.-Shag, 50 gr v. **25 Pfg.** an, reiche Auswahl
Ia. Krülltabak f. kurze Pfeife, 100 gr v. **30 Pfg.** an, 50 gr von **15 Pfg.** an
Zigt. aus rein. Tabak von 2 Pfg. an mit u. ohne Gold
Zigarren Stück 5, 6, 7, 8 Pfg. usw.
Kautabak v. 5—20 Pfg. in allen gangbaren Sorten
Schwarz. Krausen 50 gr von 20 Pfg. an. (11352

Wir sind billig!

In großer Auswahl empfehlen wir:

Kleiderstoffe
einfarbig, gestreift, kariert

Frottees
in hübschen Mustern

Blusenstreifen
in Wolle und Baumwolle

Rohnessel	Meter	75 ₰
Hemdentuch, gute Qual.	„	80 „
Zephyr für Kleider	„	95 „
Blusenstoffe	„	90 „
Unterrailen m. Stück.	Stück	95 „
Normalhemden	von 2.90 ℳ	an
Einsatzhemden	„ 2.90	„ „
Barchenthemden	„ 2.95	„ „

Inletts
für Ober- und Unterbetten **3.50** Meter **4.75, 4.20,** ℳ

Damast und Streifsatin
für Bettbezüge **2.50** Meter **3.40, 3.—,** ℳ

Beachten Sie bitte unser Schaufenster!

Walter Griephan & Co.
Lübeck. Hüxstraße 74
(11320)

Neueröffnung!

Arnimstraße 2

eröffne am **1. Februar** eine Filiale meines **Tabakwaren-Spezialhauses.**
11351) Zur Einführung
besonders billige Preise.
Holländer Shag 50 gr **28 ₰**, 100 gr **50 ₰**
Schwarz. Kranser 50 gr **25 ₰**, 100 gr **40 ₰**
Kautabak von Rolle . . . **8 ₰** an
Zigaretten, rein Übersee v. **2 ₰** an
Zigarren, unsortiert, gr. Formate **9 ₰** u. mehr.

Ernst Aug. Dobberstein
Hüxstr. 47. **Arnimstr. 2.**

Möller's billige Fleischquelle Hüxstr. 83/85

Kein Gefrierfleisch! Kein Konsumverein!

Empfehle von 10 prima Schweinen und 4 fetten Rindern frisches Fleisch.

Prima Schweinefleisch Pfd.	70 ₰
frisches Rindfleisch Pfd. . .	50 ₰
frisches Gehacktes Pfd. . .	60 ₰
Karbonade Pfd.	80 ₰
Beefsteak, Rollfleisch Pfd. .	80 ₰
Eisbein Pfd.	80 ₰
Kamlot Pfd.	40 ₰
frische Jungen	80 ₰
frische Leber Pfd.	80 ₰
Euter Pfd.	40 ₰
½ Schwein Pfd.	70 ₰
Hinterviertel Pfd.	50 ₰ (11340

Ia. Ilse-Briketts. Trockenes Tannen- und Buchen-Holz.
Empfehle mein Fuhrwerk für Transporte aller Art.

F. W. Tietz, Pelzerstraße 24.
Lager Falkenstraße, oberhalb Travelmannstraße.
Fernruf 943.

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

Abteilung Versicherungen.

Durch die Währungsumstellung ist es notwendig, daß unsere Mitglieder auch ihre

Feuerversicherung

sofort umwandeln lassen, damit sie vor Verlusten geschützt sind. Durch einen Brand kann eine Familie in die bitterste Not geraten, wenn keine genügende Deckung durch eine Versicherung vorhanden ist. Niedrigste Versicherungssumme

3000 Goldmark.

Prämie Mk. 1.- für Mk. 1000.- Versicherungssumme.

Unsere Mitglieder sollten es als ihre Pflicht betrachten, ihre Versicherungen nur durch den Konsumverein tätigen zu lassen, da bei Brandschäden eine Regulierung in der entgegenkommendsten Weise erfolgt. Auch erfolgen Abschlüsse

in Haftpflicht und Einbruchdiebstahlversicherungen.

Auskunft in der Versicherungsabteilung Hansastraße 160, in den Abgabestellen und bei den Vertrauensleuten.

11326) **Der Vorstand.**

Preis-Abbau!

2 Waggon (50000 Pfund)
feinster Tilsiter
Vollfett- u. Halbfett-Käse
per Pfund Mk. 0.50, 0.60 und 0.80

Verkauf ab Lager Große Burgstraße 48
und Schlumacherstraße 12

Max Pauls, Käsegroßhandlung
Telephon 3724.

Verkauf für Wiederverkäufer von 9 bis 12 Uhr ab Lager
An der Mauer 84 (11319

Prima abgelagerte
Stückbraunkohlen
per Zentner Mk. **0,90** ab Lager Falkenstraße.
1 Sack Holz Mk. 1,60. (11303

Pa. Senftenberg. Salonbriketts
zum billigsten Tagespreis empfiehlt
Max Boye, Kohlenhandel, Falkenstr. Tel. 8441.

Lübecker Volksbote

Beilage. Donnerstag, 31. Januar 1924. Nummer 26.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 31. Januar.

Du hast die Wahl!

Wenn dich verlangt nach neuen Steuern,
Die dir dein kärglich Brot verteuern,
Doch alle unbehelligt lassen,
Die da in Sekt und Kaviar prassen;
Willst du den „Aufbau“ unterstützen,
Den frech die Unternehmer nützen,
Sich vollzustopfen ihren Wanst,
Indessen du verhungern kannst; —
Willst du, daß dich dein Hauswirt steige
Und, wird die Zahlung ihm verweigert,
Dir kurzerhand die Türe weist
Und dich aufs Straßenpflaster schmeißt; —
Ist dir das Kochgas noch zu billig,
Zahlst du für Licht und Wasser willig
Zehnmal so viel als wie vorher; —
Verlangst du keine Hilfe mehr,
Wenn du in Not: So spute dich
Und wähl' am Zehnten bürgerlich!
Im andern Falle aber geh
Und stimme für die SPD.

Peter Michel.

Achtung, parteigenössische Handwerker, Gewerbetreibende und Handwerksmeister! Am Freitag, 1. Februar, abends 7½ Uhr, findet eine Besprechung im Gewerkschaftshause statt. Das Erscheinen aller der S. P. D. angehörenden Handwerksmeister und Gewerbetreibenden ist Pflicht! Bürgerschaftswahl.

Stadttheater. Durch ein Telegramm der Verwaltung des Opernhauses Frankfurt lief die Nachricht ein, daß der Urlaub von Herrn v. Schenck wegen Repertoireschwierigkeiten zurückgezogen werden müsse und Herr v. Schenck zuerst am Sonnabend, dem 2. Februar, für den van Bett in Zar und Zimmermann disponibel sei. Der Intendanz ist es gelungen, Herrn Kammersänger Wissiak vom Opernhaus Hannover für die Rolle des Ochs zu verpflichten. Neben Herrn Wissiak wird als weiterer Gast Frau Gotthard-Montes vom Hamburger Stadttheater den Rosenkavalier singen. Am Sonntag nachmittag findet im Stadttheater eine Vorführung der Kinderbewegungschöre von Laban statt. Diese Vorstellung dürfte besonders interessieren, da geplant ist, auch in Lübeck die Labanchöre einzuführen. Herr v. Laban hat sich bereit erklärt, die Leiterin dieser Kinderbewegungschöre ein- bis zweimal in der Woche von Hamburg nach Lübeck zu beurlauben, um allen an diesen modernen rythmischen Bewegungen Interessierten die Möglichkeit des Unterrichts zu eröffnen. Die Kurse sind für Kinder von 6 Jahren an und auch für Erwachsene vorgesehen.

An den Lübecker General-Anzeiger!

Kennen Sie den „Biberpelz“? Kennen Sie die alte „Wolffen“? Die mit ehrbarstem Augenaufschlag sich fortwährend über die Schlechtigkeit der andern aufregt? Und selbst —. Seit Monaten spielt die Gesamtredaktion des General-Anzeigers — Frau Wolffen: Spricht fortwährend von dem schmutzigen und persönlichen Kampf des Volksboten, und selbst —. Gestern Schimpfartikel, heute Schimpfartikel, immer gegen sozialdemokratische Personen. Die vielen tausend Lübecker, die den General-Anzeiger und den Volksboten lesen, wollen sich schon lange totlachen über das fortwährende hysterische Gekreisch der Königstraße gegen den „bösen Mann im Volksboten“.

Uns ist solche Kampfesweise zu kindisch, sie ist sozusagen zu sehr — General-Anzeiger für jedermann. Entweder der General-Anzeiger geht auf unsere sachlichen Auseinandersetzungen sachlich ein, oder seine Auslassungen interessieren uns nicht mehr. Entweder der General-Anzeiger bringt für seinen Kampf im Dienst des Lübecker Großkapitals endlich sachliche Auseinandersetzungen, oder wir werden ihm nicht mehr antworten.

Es ist bezeichnend, daß die deutschnationalen Lübeckischen Anzeigen bedeutend anständiger und sachlicher kämpfen als der „unabhängige“ General-Anzeiger.

Die Finanzverwaltung Lübecks.

Der Finanzbehörde ist die Vermögensverwaltung des Lübeckischen Staates übertragen. Dazu gehört nicht nur die eigentliche Finanzwirtschaft, sondern auch die Verwaltung des dem Staate gehörenden Grund und Bodens, also der Forsten, der Stadtgüter, der Plätze, besonders der am Hafen, aber auch sämtlicher anderweitig gelegenen und der dem Staate eigentümlich gehörenden Häuser, soweit sie nicht ausdrücklich anderen Behörden zur Verwaltung überwiesen sind.

Wie aber ein Haushalt, dem die Mittel zur Aufrechterhaltung einer, sagen wir mal, allgemein üblichen Lebensweise fehlen, sich immer größere Einschränkung auferlegen muß, so auch der Staat. Die Hauptaufgabe der Finanzbehörde mußte also sein, einen Ausgleich für die Bedürfnisse des Staates herbeizuführen, d. h. sie mußte auf der einen Seite versuchen möglichst viel Einnahmequellen zu erschließen und auf der anderen Seite die Ausgaben auf das äußerste zu beschränken. Beides ist in der heutigen Zeit nicht leicht.

Wie allgemein bekannt, erhebt das Reich jetzt die hauptsächlich in Betracht kommenden Steuern und gibt davon den Ländern einen ganz bestimmten Teil ab. Den Ländern selbst sind nur die Steuern aus dem Gewerbe und dem Grund und Boden verblieben, aus diesen Steuern sollten die großen Ausgaben zur Hauptsache gedeckt werden, die verbleiben nach Ausgabe der vom Reiche überwiesenen Steuern. Die Grundsteuern konnten davon gar nicht mehr für allgemeine Zwecke herangezogen werden, weil diese im Laufe der Zeit in Form der Wohnungsbauabgabe für den besonderen Zweck zur Beschaffung der Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen mußten. Es bleiben also im wesentlichen nur noch die Gewerbesteuer nach. Der Kampf um diese ist zu bekannt, als das es nötig ist, hier noch näher darauf einzugehen.

Für die Finanzbehörde war es allerdings schlimm, daß die Versuche in der Bürgerschaft, gerade diese Steuern wertbeständig zu gestalten, an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien scheiterte. Aber auch die Ausgestaltung der Wohnungsbauabgabe konnte stets erst nach Ueberwindung vieler Bedenken erfolgen. Ein scharfer Zugriff wäre unbedingt notwendig gewesen, durch entsprechende Höhe der Abgaben und rasche Einziehung hätten auch hier viele Mittel beschafft werden können, für den so dringend notwendigen Wohnungsbau. Gegenüber diesem Steuerproblem treten naturgemäß die übrigen, dem Lübecker Staat zur Verfügung stehenden Einnahmen zurück. Doch hat die Finanzbehörde ständig versucht, auch hier herauszuholen, was herauszuholen war, so besonders bei den Forsten durch den Holzverkauf, wie auch durch Erhöhung der Pachten für die Stadtgüter. Dieses letztere konnte erst verhältnismäßig spät durchgeführt werden, da die reichsgesetzlichen Bestimmungen auch erst nach und nach herauskamen und zwar so, daß sie wirklich brauchbar waren.

Für die in der Finanzbehörde sitzenden Parteigenossen war es durchaus kein angenehmes Gefühl, wenn sie so oft Forderungen anderer Behörden aus Mangel an Mitteln ablehnen mußten. Wenn die Oberschulbehörde Mittel verlangte für Ausgestaltung des Schulwesens, das Wohlfahrts- und Arbeitsamt zur Unterstützung der notleidenden Kleinrentner und Erwerbslosen, die Baubehörde für den Wohnungsbau, dann trat immer wieder die Ohnmacht und die Verarmung des deutschen Volkes einem jeden vor Augen. Selbstverständlich wurden dann immer wieder Versuche gemacht, Mittel für diese Zwecke flüssig zu machen, was auch in vielen Fällen gelang, in noch mehr Fällen allerdings aber nicht. Daß dabei die Meinung über die Möglichkeit der Beschaffung der Mittel, d. h. also in erster Linie über die Ausgestaltung der Steuern auseinander ging, ist wohl selbstverständlich. Die Vertreter der Arbeiterschaft drängten auf höhere Erfassung der Steuern und besonders darauf hin, daß die Steuern auch wirklich ihrem ursprünglich angenommenen Wert entsprechend bezahlt wurden. Das wäre ihnen natürlich viel besser gelungen, wenn in der Bürgerschaft eine wirkliche sozialdemokratische Mehrheit vorhanden gewesen wäre. Die Gewerbesteuer z. B. wäre ganz entschieden anders gehandhabt worden, wenn eine geschlossene Mehrheit in der Bürgerschaft vorhanden gewesen wäre und manche Aufgaben, die jetzt vernachlässigt werden mußten, hätten dann ausgeführt werden können.

Wenn so also schon jetzt die Aufgabe der Finanzbehörde außerordentlich groß und verantwortungsvoll war, so wird dies aller Wahrscheinlichkeit nach in Zukunft noch viel mehr der Fall sein. Immer mehr Stimmen machen sich bemerkbar, die den Ländern durch die „Erzbergersche Steuerreform“ genommene Steuerhoheit ihnen mehr oder weniger wieder zurückzugeben. Wird dieses aber der Fall werden, dann heißt es ganz besonders wach sein, damit die Steuern dann in Lübeck so ausgestaltet werden, daß auch wirklich die notwendigen Ausgaben, die Lübeck im Interesse der Allgemeinheit zu erfüllen hat, ausgeführt werden können. Um nur eines herauszugreifen, verweise ich auf den Wohnungsbau. Es dürfte noch lange nötig sein, den Wohnungsbau mit staatlichen Mitteln zu fördern, um sowohl dem zu einem schreienden Mißstand ausgewachsenen Wohnungsmangel abzuhelfen, als auch um die vielen arbeitslosen Bauhandwerker zu beschäftigen. Daneben harren aber noch andere, kaum weniger wichtige Aufgaben. Will dabei die Arbeiterschaft nicht zu kurz kommen, dann muß sie dafür sorgen, daß in die Lübecker Bürgerschaft wieder eine starke sozialdemokratische Fraktion einzieht, die in Steuern- und Finanzfragen weiß, was sie will und der Finanzbehörde die Richtung angibt.

Darum kann es am 10. Februar nur eines geben, wähle jeder die Liste 2

Gustav Ehlers.

A. Henze.

Oeffentliche

Wähler-Versammlung

Donnerstag, 31. Januar, abends 7½ Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“.

Redner: **Senator Löwigt** und **Dr. Leber.**

Jede Partei hat eine halbe Stunde Redezeit.

10 Pfennig Eintritt. Erwerbslose frei.

Erscheint in Massen! Rüttelt Säumige auf!

„Um Frauengunst.“

So betitelt sich ein Leitartikel des General-Anzeigers, der sich mit dem am Sonntag von uns herausgegebenen Flugblatt: „An alle Frauen von Lübeck“, beschäftigt. Der Volksbote ist ja schon in seiner gestrigen Nummer auf den Inhalt desselben eingegangen, trotzdem glaube ich, daß noch zu einigen Ausführungen etwas hinzuzufügen ist. Es heißt dort: „Aber die Trümmer des Frauenapostels gehen noch weiter, allerlei Gefasel über die französischen Frauen, dann „Hungerlöhne“ bewilligen die beiden Listen der bekämpften bürgerlichen Gruppen den Arbeitern, Beamten und Angestellten, damit ihr Profit blüht. Wie beleidigend wenig Denkfähigkeit setzt man bei den Frauen voraus, die diesen Unsinn glauben sollen.“ Jawohl, wie beleidigend wenig Denkfähigkeit traut der Artikelschreiber den Frauen, der um ihr Dasein schwer kämpfenden Arbeiterin zu, wenn er es wagt, diesen Satz mit einer Phrase abzutun. Was ist denn unter Hungerlohn zu verstehen? Jedenfalls doch Löhne, die nicht ausreichend sind, den Unterhalt einer Familie sicherzustellen. Wie sieht es nun mit den Löhnen

Frau Regel Amrain und ihr Jüngster.

Erzählung von Gottfried Keller.

7. Fortsetzung.

Er erreichte sie auch ohne Gefährde, weil er rasch und unbekümmert seinen Weg ging, und drang mit ihnen ungesäumt vorwärts. Allein die Sache schlug fehl, jene schwankhafte Regierung behauptete sich für diesmal wieder durch einige günstige Zufälle; und sobald diese sich deutlich entwickelt, tat sich das Landvolk zusammen, strömte der Hauptstadt zu in die Wette mit den Freizügern und versperrte diesen die Wege, so daß Fritz und seine Genossen, noch ehe sie die Stadt erreichten, zwischen zwei große Haufen bewaffneter Bauern gerieten, und, da sie sich mannlich durchzuschlagen gedachten, ein Gefecht sich unverweilt entspann.

So sah sich Fritz denn angesichts fremder Dorfschaften und Kirchtürme ladend, schießend und wieder ladend, indessen die Glocken stürmten und heulten über den verwegenen Einbruch und den Verdruß des beleidigten Bodens auszuklagen schienen. Wo sich die kleine Schar hinwandte, wichen die Landleute mit großem Lärm etwas zurück; denn ihre junge Mannschaft war im Soldatenrock schon nach der Stadt gezogen worden, und was sich hier den Angreifern entgegenstellte, bestand mehr aus alten und ganz jungen unerwachsenen Leuten von Priestern, Küstern und selbst Weibern angefeuert. Aber sie zogen sich dennoch immer dichter zusammen, und nachdem erst einige unter ihnen verwundet waren, stellte gerade dieser dunkle Saum erschreckter alter Menschen, Weiber und Priester, die sich zusammen den Landsturm nannten, das aufgebrachte und beleidigte Gebiet vor und die Glocken schrien den Zorn über alles Getüse hinweg weit in das Land hinein.

Aber der drohende Saum zog sich immer enger und enger um die fechtenden Parteigänger, einige entschlossene und erfahrene Alte gingen voran, und es dauerte nicht mehr lange, so waren die Freischärler gefangen. Sie ergaben sich ohne weiteres, als sie sahen, daß sie alles gegen sich hatten, was hier wohnte.

Wenn man im offenen Kriege vom Reichsfeind gefangen wird, so ist das ein Unstern wie ein anderer und kränkt den Mann nicht tiefer; aber von seinen Mitbürgern als ein gewalttätiger, politischer Widersacher gefangen zu werden, ist so demütigend und kränkend, als irgend etwas auf Erden sein kann. Kaum waren sie entwaffnet und von dem Volke umringt, als alle möglichen Ehrentitel auf sie niederregneten: Landfriedenbrecher, Freischärler, Räuber, Buben waren noch die mildesten Ausrufe, die sie zu hören bekamen. Zudem wurden sie von vorn und hinten betrachtet wie wilde Tiere, und je solider sie in ihrer Tracht und Haltung aussahen, desto erbooster schienen die Bauern darüber zu werden, daß solche Leute solche Streiche machten.

So hatten sie nun nichts weiter zu tun, als zu stehen oder zu gehen, wo und wie man ihnen befahl, hierhin, dorthin, wie es dem vielköpfigen Souverän beliebte, welchem sie sein Recht hatten nehmen wollen. Und er übte es jetzt in reichlichem Maße aus und es fehlte nicht an Knüffen und Püffen, wenn die Herren Gefangenen sich trotzig zeigten und nicht gehorchen wollten.

Jeder schrie ihnen eine gute Lehre zu: „Wäret ihr zu Hause geblieben, so brauchtet ihr uns nicht zu gehorchen! Wer hat euch hergerufen? Da ihr uns regieren wolltet, so wollen wir nun euch auch regieren, ihr Spitzbuben! Was bezieht ihr für Gehalt für euer Geschäft, was für Sold für euer Kriegswesen? Wo habt ihr eure Kriegskasse und wo euren General? Pflegt ihr oft auszuziehen ohne Trompeter, so in der Stille? Oder habt ihr den Trompeter heimgeschickt, um euren Sieg zu verkünden? Glaubtet ihr, die Luft in unserm Gebiet sei schlechter als eure, da ihr kamet, sie mit Bleikugeln zu peitschen? Habt ihr schon gefrühstückt, ihr Herren? Oder wollt ihr ins Gras beißen? Verdienen würdet ihr es wohl! Habt ihr geglaubt, wir hätten hier keinen ordentlichen Staat, wir stellten gar nichts vor in unserm Ländchen, daß ihr da rottenweise herumstreicht ohne Erlaubnis? Wolltet ihr Füchse fangen oder Kaninchen? Schöne Bundesgenossen, die uns mit dem Schießprügel in der Hand unser gutes Recht stehlen wollen! Ihr könnt euch bei denen bedanken, die euch hergerufen; denn man wird euch eine schöne Mahlzeit anrichten! Ihr dürfet einstweilen unsere Zuchthauskost versuchen; es ist eine ganz entschiedene Majorität von gesunden Erbsen, gewürzt mit dem Salze eines handlichen Strafgesetzes gegen Hochverrat, und wenn ihr Jahr und Tag gesessen habt, so wird man euch erlauben, zur Feier eures glorreichen Einzuges auch eine kleine Minorität von Speck zu überwältigen, aber beißt euch alsdann die Zähne nicht daran aus! Es geht allerdings nichts über einen gesunden Spaziergang und ist zuträglich für die Gesundheit insbesondere wenn man keine regelmäßige Arbeit und Bewegung zu haben scheint; aber man muß sich doch immer in acht nehmen, wo man spazieren geht, und es ist unhöflich, mit dem Hut auf dem Kopf in einer Kirche und mit dem Gewehr in der Hand in ein friedfertiges Staatswesen hereinzuspazieren! Oder habt ihr geglaubt, wir stellen keinen Staat vor, weil wir noch Religion haben und unsere Pfaffen zu ehren belieben? Dieses gefällt uns einmal so, und wir wohnen gerade so lang im Lande, als ihr, ihr Maulaffen, die ihr nun dasteht und euch nicht zu helfen wißt!“

So tönte es unaufhörlich um sie her, und die Beredsamkeit der Sieger war um so unerschöpflicher, als sie das gleiche, dessen sie ihre Gegner nun anklagten, entweder selbst schon getan oder es jeden Augenblick zu tun bereit waren, wenn die Umstände und die persönliche Rüstigkeit es erlaubten, gleichwie ein Dieb die beredteste Entrüstung verlauten läßt, wenn ein Kleinod, das er selbst gestohlen, ihm abermals entfremdet wird. Denn der Mensch trägt die unbefangene Schamlosigkeit des Tieres geradewegs in das moralische Gebiet hinüber und gebärdet sich da im guten Glauben an das nützliche Recht seiner Willkür so naiv, wie die Hündlein auf den Gassen. Die gefangenen Freischärler mußten indessen alles über sich ergehen lassen und waren nur bedacht, durch keinerlei Herausforderung eine körperliche Mißhandlung zu veranlassen.

Dies war das einzige, was sie tun konnten, und die Aelteren und Erfahrenen unter ihnen ertrugen das Uebel mit möglichstem Humor, da sie voraussahen, daß die Sache nicht so gefährlich abliefe, als es schien. Der eine oder andere merkte sich ein schimpfendes Bäuerlein, das in seinem Laden etwa eine Sense oder ein Maß Kleesamen gekauft und schuldig geblieben war, und gedachte, demselben seinerzeit seine beißenden Anmerkungen mit Zinsen zurückzugeben, und wenn ein solches Bäuerlein solchen Blick bemerkte und den Absender erkannte, so hörte es darum nicht plötzlich auf zu schelten, aber richtete unvermerkt seine Augen und seine Worte anderswohin in den Haufen und verzog sich allmählich hinter die Front; so gemütlich und seltsam spielen die Menschlichkeiten durcheinander. Fritz Amrain aber war im höchsten Grade niedergeschlagen und trostlos. Zwei oder drei seiner Gefährten waren gefallen und lagen noch da, andere waren verwundet und er sah den Boden um sich her mit Blut gefärbt; sein Gewehr und seine Taschen waren ihm abgenommen, ringsum erblickte er drohende Gesichter, und so war er plötzlich aus seiner bedachtsamen und fieberhaften Aufregung erwacht, der Sonnenschein des lustigen Kampftages war verwischt und verdunkelt, das lustige Knallen der Schüsse und die angenehme Musik des kurzen Gefechtslärmens verklungen, und als nun gar endlich die Behörden oder Landesautoritäten sich hervortaten aus dem Wirrsal und eine trockene geschäftliche Einteilung und Abführung der Gefangenen begann, war es ihm zumute, wie einem Schulknaben, welcher aus einer mutwilligen Herrlichkeit, die ihm für die Ewigkeit gegründet und höchst rechtmäßig schien, unversehens von dem häßlichsten Schulmeister aufgerüttelt und beigesteckt wird, und der nun in seinem Gram alles verloren und das Ende der Welt herbeigekommen wähnt. Er schämte sich, ohne zu wissen vor wem, er verachtete seine Feinde und war doch in ihrer Gewalt.

(Fortsetzung folgt.)

Wer Wirtschaftsgemeinschaftler wählt

unterstützt die Partei der Reichen, der Steuerhinterzieher, der Schieber und Lebensmittelwucherer, der Währungsvernichter, der Erzeuger der Massenarmut und Bürgerkriegshetzer.

Wählt deshalb nur die

sozialdemokratische Liste Ehlers!

am hiesigen Orte aus, sind sie etwa als ausreichend zu bezeichnen? Nein, unter keinen Umständen. Ich will hier einmal von den Löhnen sprechen, die in der Metallindustrie gezahlt werden und die mir sehr genau bekannt sind. Es werden gezahlt für gelernte Arbeiter über 22 Jahre 40 Pfg. pro Stunde, also höchstens ⅔ des Vorkriegslohnes. Ungelernte Arbeiter erhalten nur 35 Pfg., so daß also ein ungelernter Arbeiter bei voller Beschäftigung mit einem Verdienst von **16,80 Mk. pro Woche** zufrieden sein muß. Hiervon gehen die **gesetzlichen Abzüge für Steuern, Krankengeld, Invalidengeld und Beiträge zur Erwerbslosenunterstützung** in Höhe von mindestens 2 Mk. pro Woche ab, sodaß dem Arbeiter, wenn er das Glück hat, voll beschäftigt zu sein, ganze **14,80 Mk. zur Verfügung stehen.** Daß ein solcher Lohn als Hungerlohn bezeichnet werden muß, wird jede Frau ohne weiteres einsehen müssen. Im Ernste wird auch der General-Anzeiger diesen Lohn nicht als ausreichend bezeichnen können. Aber das ist noch nicht einmal der niedrigste Lohn, auf den Werften sieht es noch viel trauriger aus. Es ist durchaus keine Seltenheit, wenn verheiratete Arbeiter, mit einem Wochenverdienst **von 10 bis 11 Mk.** nach Hause gehen müssen, weil ihnen nicht einmal bei Akkordarbeit, die unter allen Umständen verlangt wird, ihr kümmerlicher Lohn garantiert wird. Wie die Herren, die heute über die Löhne der Arbeiter zu entscheiden haben, die natürlich alle an dem Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft angeblich das größte Interesse haben, denken, geht daraus hervor, daß ein im November gefällter Schiedsspruch, der den Werftarbeitern einen Spitzenlohn von 41 Pfg. zusprach, heute noch nicht durchgeführt ist und auch noch keine Aussicht besteht, daß er in absehbarer Zeit durchgeführt wird. Charakteristisch ist ja, wie in dieser Beziehung eine hiesige größere Werft an den Demobilmachungskommissar geschrieben hat, als es sich darum handelte, die Verbindlichkeitserklärung eines Schiedsspruches für das Baugewerbe zu verhindern. Es heißt dort wörtlich:

„Es ich hart, es auszusprechen, aber es ist nicht um die Tatsache herumzukommen, daß **der deutsche Arbeiter die Folgen des verlorenen Krieges und des wirtschaftlichen Unsinnes der Nachkriegszeit und der sozialpolitischen Ueberspannung zwangsläufig auszubaden hat und weiter wird ausbaden müssen.** Von diesem Gedankengang ausgehend kommt man dann zu der Ansicht, daß an eine Erhöhung des jetzt gezahlten Stundenlohnes von 35 Pfg. in der Spitze nicht zu denken ist."

Es sieht die Arbeitgeberfreundlichkeit derjenigen Kreise aus, die es verstanden haben, während des Krieges und nach dem Kriege ungeheure Gewinne zu erzielen und zu erhalten. Das beweist die Tatsache, daß fast alle Betriebe Neubauten in größerem Umfange durchgeführt haben, während der Wohnungsbau vollständig vernachlässigt wurde, aber niemals daran gedacht haben, dem Staate das an Steuern zu geben, was er notwendig zu seiner Erhaltung gebraucht, trotzdem aber in dem Schreiben an den Demobilmachungskommissar die Behauptung aufzustellen wagen: „Schließlich sind in keinem Lande der Welt die Steuern und sonstigen öffentlichen Lasten so groß wie in Deutschland." Was an dieser Behauptung wahr ist, ist ja schon hunderte von Malen in der Presse und auch in der Lübecker Bürgerschaft zum Ausdruck gekommen, so daß es an dieser Stelle keiner weiteren Ausführungen bedarf. Also die Folgen des verlorenen Krieges, der nachweislich im Interesse der Großindustrie geführt ist, soll restlos von der Arbeiterschaft getragen werden. Merkt Euch das, Ihr Frauen! Nach unserer Auffassung kann es nichts anderes geben, als daß diejenigen Kreise, die den Krieg angezettelt haben, auch die Folgen zu tragen haben. Die Arbeiterschaft hat wahrhaftig Opfer genug an Gut und Blut gebracht und nur der Arbeiterschaft ist es zu verdanken, daß Deutschland heute noch als Einheitsstaat besteht. Ginge es nach den Herren der Schwerindustrie, so wäre von einem Deutschen Reich heute wohl kaum noch die Rede. Aber die Herren der Wirtschaftsgemeinschaft hätten es auch heute noch in der Hand, dafür zu sorgen, daß die Löhne, die von uns als Hungerlöhne bezeichnet werden, aufgebessert werden. Aber daran denkt man ja garnicht, trotz aller Bemühungen der Gewerkschaften, Lohnerhöhungen durchzuführen, trotz aller Schiedssprüche, die den Arbeitern höhere Löhne zugesprochen haben, denken die Herrschaften ja garnicht daran, den Arbeitern und Angestellten, also denjenigen Kreisen, die mit allen Kräften bestrebt sind, unsere Volkswirtschaft wieder aufzurichten, das zu geben, was sie haben müssen. Man nutzt eben die wirtschaftliche Krise aus, um den Lohn niedrig zu halten und dadurch zu einer 10 bis 12stündigen Arbeitszeit zu kommen, um den Arbeiter wieder zu dem Lastvieh zu machen, das er vor dem Kriege gewesen ist. Diese Tatsache kann den Arbeitern garnicht oft genug vor Augen geführt werden, sie müssen hieraus erkennen, daß die kapitalistische Wirtschaft vollständig versagt und daß sie mit allen Mitteln beseitigt werden muß, um zur Gemeinwirtschaft zu kommen.

Das werden auch ganz besonders die Frauen erkennen müssen, und daher ihre Stimme am 10. Februar derjenigen Partei geben, die einzig und allein für den Sozialismus kämpft, nämlich der Sozialdemokratie.

Darum nochmals Ihr Frauen und Männer der arbeitenden Kreise, geht am 10. Februar restlos zur Wahl und gebt Eure Stimme ab für die Liste Gustav Ehlers.

A. Löwigt.

Ein Lübecker Dampfer gestrandet. Aus Kopenhagen wird gemeldet: Der deutsche Dampfer Albert strandete Dienstag morgen auf Saundre Flint. Er wurde im Laufe des Tages von zwei schwedischen Bergungsdampfern flott gemacht und nach Malmö gebracht. Mittwoch strandete der Lübecker Dampfer Dora auf der Fahrt nach Christiana mit Stückgut auf Reisnaes. Zwei Bergungsdampfer waren an der Strandungsstelle ein.

Das Schlafen im Zuge wird teurer. Vom 1. Februar ab werden die Fernschlafgebühren im Schlafwagenverkehr um 25 Prozent des gegenwärtigen Preises erhöht. Sie betragen alsdann für die erste Wagenklasse 20 Mark, für die zweite 10 Mark und für die dritte 5 Mark. Die Vormerkgebühr beträgt 10 Prozent des jeweiligen Bettkartenpreises.

pb. **Heiratsschwindler.** Als ein ganz gefährlicher Heiratsschwindler wurde der in der Hansastraße wohnhafte Handlungsgehilfe Reinhard E. ermittelt und festgenommen. Er hatte in auswärtigen Zeitungen annonciert, daß er für eine Landmannstochter mit eigenem Hof einen passenden Lebensgefährten suche. Es hatten sich auf diese Annoncen eine ganze Anzahl heiratslustige junge Männer gemeldet, die von dem Betrüger die prompte Antwort erhielten, daß sie die größte Aussicht auf Erfolg hätten, nur verlange er von ihnen eine recht namhafte Gebühr für Auskunfterteilung und Stempel. Ganz hartnäckige Bewerber, die ihre zukünftige Gattin gerne sehen wollten, bestellte er in seine Wohnung und stellte ihnen dort die eigene, 1903 in Trittau geborene Ehefrau als Kandidatin vor. Einer der Reflektanten, der Verdacht geschöpft hatte, wandte sich an die Kriminalpolizei und diese zerstörte die Hoffnung manchen Bewerbers eine reiche Landmannstochter heimführen zu können.

pb. **Verscheuchte Einbrecher.** In einer an der Moislinger Allee gelegenen Villa versuchten Diebe einzubrechen. Durch das Geräusch wurde aber ein Villenbewohner auf die Täter aufmerksam und gab auf einen derselben aus unmittelbarer Nähe einen Schuß ab. Die Täter sind zwar entkommen, doch ist anzunehmen, daß einer davon durch den Schuß verletzt worden ist.

Hinweise auf Versammlungen, Theater u. w.

Achtung! Tätige Genossen für den 14. und 15. Landdistrikt. Sonnabend abend 6½ Uhr Material in Empfang nehmen. Keiner darf fehlen! (11339

Ueber „Entschiedene Schulreform als Volkserziehungsaufgabe" wird in der hiesigen Ortsgruppe des Bundes für Erziehung und Unterricht am Sonnabend, abends 8 Uhr, in der Aula der Ernestinenschule einer der Führer der „Entschiedenen Schulreformer", Herr Professor Paul Oesterreich aus Berlin, sprechen. An den Vortrag wird sich eine Aussprache anschließen. Auch Nichtmitglieder sind herzlich willkommen.

Hansa-Theater. Heute Donnerstag 7½ Uhr zum letzten Male „Die Bacchusnacht". Freitag 7½ Uhr gelangt zum ersten Male in dieser Spielzeit „Die Bajadere", Operette in 3 Akten von Kalman mit Ludwig Ziegler (Prinz Rodjami) und Karl Hartmann (Odette) erstmalig zur Aufführung. Sonntag nachmittags 3 Uhr findet wiederum eine Kindervorstellung zu ganz kleinen Preisen (20 Pfg. bis 1.00 Mk.) statt. Gegeben wird „Max und Moritz".

Angrenzende Gebiete.

Eutin. Die Auszahlung der Zusatzrenten erfolgt fortan wieder monatlich und zwar am 15. eines jeden Monats durch die Stadt- und Gemeindekassen. Die durch die Post zu zahlende Rente ist gleichfalls wieder monatlich und zwar am 29. fällig.

Kiel. Harte Strafen. Die Strafkammer verhandelte jetzt fast täglich gegen Personen, die beschuldigt werden, an den Straßenunruhen und Plünderungen im Oktober d. J. beteiligt gewesen zu sein. Bislang sind sämtliche Angeklagte verurteilt, meist zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen. Ein Arbeiter, der dabei ertappt worden war, als er heimlich verbotenerweise kommunistische Flugblätter öffentlich anschlug, erhielt 5 Monate Gefängnis.

V. Harburg. Die Unruhen, gewaltsame Entfernung von Arbeitern aus den Betrieben, Plünderung eines Waffenladens und Barrikadenbau waren die Anklagesachen, die am zweiten Verhandlungstage abgeurteilt wurden. Unter den Beschuldigten befand sich der Nieter Heinrich Selck und der Arbeiter Peter Sonkel, die beschuldigt sind, am Abend des 23. Oktober in die Räume der Thörlichen Oelfabrik eingedrungen zu sein, um die dort Arbeitenden zur Arbeitsniederlegung zu zwingen. Selck gibt an, sich am politischen Leben nicht zu beteiligen; er gehöre keiner Partei an. Er will nur mitgegangen sein, um sich das „Theater" mal anzusehen. Sonkel sagt, es sei beschlossen gewesen, die Nachtschicht solle heraus. Es solle den Arbeitenden

Wer kommunistisch wählt

unterstützt die Zersplitterer der Arbeiterbewegung, die Schrittmacher der Reaktion und erklärt sich für den bewaffneten Aufstand und Bürgerkrieg.

Deshalb wählt nur die

sozialdemokratische Liste Ehlers!

bekanntgegeben werden, daß der Generalstreik ausgerufen worden sei. Sonkel, der sich bis jetzt allein als Kommunist bekannt hat, sagt weiter, Auftrag gehabt zu haben, die Arbeitenden herauszuholen. — Er habe auch Auftrag gehabt, das Telephon zu bewachen, damit nicht mitgeteilt werden könne, es sei kein Generalstreik. Als Schupo kam ist er schleunigst geflüchtet. Ein Gutachten des Kreisarztes bezeichnet Sonkel als geistig minderwertig. Das Gericht verurteilte beide wegen schweren Hausfriedensbruchs in Tateinheit mit Landfriedensbruch zu je 2 Jahren Gefängnis. Sonke war ferner der Anführer bei der Plünderung eines Waffengeschäfts. Den Räubern fielen Waffen in die Hände, mit denen sie dann die Polizei beschoß. Erwartungsvoll harrten die Zuhörer, entsetzt über die beantragten außerordentlich hohen Strafen, des Urteilsspruches. Er lautete gegen Paul und Prieß auf je 8 Monate Gefängnis, Haase 6 Monate Gefängnis, Sonkel 8 Jahre Gefängnis. Es sind Freiheitsstrafen an diesem Tage verhängt 9 Jahre 7 Monate Gefängnis.

Oldenburg. Als drei bei dem Fischereipächter Schwarten in Grube beschäftige Männer mit der Eiswade fischten, brachen sie ein. Der Fischereilehrling Hermann Ohrt eilte herbei und rettete unter eigener Lebensgefahr zwei der Verunglückten. Der dritte, ein junger Mann namens Suhr aus Thomsdorf, konnte nur als Leiche geborgen werden.

Gewerkschaften.

Internationales Arbeitsamt. Als Vertreter der deutschen Regierung nimmt Dr. Feig vom Reichsarbeitsministerium an den Verhandlungen teil. Im Anschluß an den Bericht des Verwaltungsrats, den der Direktor Albert Thomas erstattete, erklärte der italienische Regierungsvertreter de Michelis, daß die Sparmaßnahmen des Arbeitsamts nicht seine Entwicklung einschränken dürfen. Er kündigte an, daß die noch ausstehende Ratifizierung durch Italien nunmehr erfolgen solle. Nach längerer Aussprache über den Bericht des Amtes über die Gewerkschaftsfreiheit wurde ein Antrag auf Vorlegung weiterer vergleichender Untersuchungen angenommen. Die Beschlußfassung über einen Antrag der Arbeitnehmergruppe über den Achtstundentag wurde ausgesetzt. Der Antrag fordert, daß der Verwaltungsrat den Direktor beauftragen möge, weiterhin in allen Ländern die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag und die 48-Stunden-Woche anzustreben, die öffentliche Meinung über die Bedeutung und die Ergebnisse der achtstündigen Arbeitszeit aufzuklären und insbesondere die einzelnen Regierungen auf das Washingtoner Abkommen und die Gründe, die zu seiner Annahme geführt haben, hinzuweisen. Ueber das Verfahren, das bei der Behandlugn der auf der Tagesordnung stehenden Saarfragen einzuschlagen ist, fanden nur private Besprechungen statt.

Sozialpolitische Betrachtungen über die Grundlagen wissenschaftlicher Betriebsführung.

IV.

Die verschiedenartigen Widerstände und volkswirtschaftliche Ausblicke.

Betrachten wir nun einmal die einzelnen weiteren Haupteinwände, die die Arbeitnehmer gegen das System vorbringen. Sie führen an, daß die Löhne nicht in dem gleichen Verhältnis mit den erzielten Leistungssteigerungen wachsen. Das sei ungerecht. Sie erhielten nur 25 bis höchstens 75 Proz. Lohnzuschlag, während die Herstellungszeit bis zu 400 Proz. sinkt. Man darf nun aber bei diesen Einwänden nicht außer Acht lassen, wenn wir objektiv urteilen wollen, daß die Leistungssteigerung oftmals zum allergrößten Teil garnicht auf die Rechnung der Arbeiter, sondern auf Kosten der Organisation und Leitung des Betriebes zu setzen ist. Und dann ist des weiteren zu bedenken, daß bei der Gütererzeugung drei Teilnehmer Berücksichtigung fordern: außer dem Arbeiter auch der Unternehmer und schließlich noch der Käufer, das ist die Allgemeinheit, das gesamte Volk. Denn das Recht der Gesamtheit geht dem der einzelnen Klassen vor, und die Verbilligung der Gütererzeugung muß daher notwendig, aber auch unbedingt zu einer **Herabsetzung der Verkaufspreise** herangezogen werden und **nicht dazu benutzt werden, um noch höhere Gewinne für die Hersteller zu erzielen.** Nur dann ist durch die erweiterte Nachfrage jene Hebung der Gütererzeugung bedingt, die allen technischen Fortschritt erzeugt. Höchste Pflicht der Gütererzeuger, der Unternehmer sowohl wie der Arbeitnehmer ist es, die Gütererzeugung und damit den allgemeinen Fortschritt zu fördern.

Auch die Benutzung der Anleitungskarte nimmt dem Arbeiter noch lange nicht alle Initiative und enthebt ihn noch nicht des Denkens, wie des weiteren noch vorgebracht wird. Sie will ihn aber lehren, seine Gedanken auf die Wirtschaftlichkeit der Arbeit einzustellen. Ein kritisch veranlagter, denkender Arbeiter wird versuchen, die Anweisungen zu übertrumpfen, wenn er sie für schlecht hält und die untüchtigen Arbeiter haben auch schon bei der bisherigen Betriebsführung ganz genau nach der Vorschrift gearbeitet, die ihnen der Meister gegeben hatte oder die sie von ihren Mitarbeitern übernahmen.

Auch weitere Kreise des Volkes sind vielfach gegen das System voreingenommen durch die übliche laienhafte sozialpolitische Beweisführung, die da einfach sagt, daß man nicht mehr leisten könne, wenn man sich nicht auch zugleich mehr anstrenge. Infolgedessen müsse die Gesundheit des Volkes leiden, die Güte der Produkte sinken und es würdene unerwünschte soziale und wirtschaftliche Aenderungen in der Gesellschaft eintreten. Die wissenschaftliche Betriebsführung hat aber ohne Frage erst einwandfrei der großen Oeffentlichkeit gezeigt, wie wenig Kenntnisse sie von der Lage der in der Industrie beschäftigten menschlichen Elemente hat, und wie wenig sie von der inneren Verflechtung der Arbeit mit dem Wirtschaftsleben weiß.

Wohl die größte und wichtigste Aufgabe auf wirtschaftlichem Gebiete, um deren Lösung sich die Menschheit seit Urzeiten müht, ist die Steigerung der Produktionskraft der menschlichen Arbeit. Die Kulturgeschichte lehrt uns, wie die Menschen es fertig gebracht haben, sich die Arbeit zu erleichtern und trotzdem den gesteigerten Lebensbedürfnissen entsprechend eine größere Leistung zu erzielen. Das Bestreben, mit einem Minimum von Kraftaufwand ein Maximum von Erfolg zu erreichen,, zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Menschheitsgeschichte hindurch und ist die eigentliche Triebkraft menschlicher Entwicklung. Ein wichtiges Mittel, dieses Streben verwirklichen zu können, ist die Herrichtung und der Gebrauch von Werkzeugen und Maschinen. Der aufkommende Kapitalismus, der der mittelalterlichen Arbeitsweise den Todesstoß versetzte, schaffte sich eine ganz neue Arbeitstechnik. Zunächst führte er die Teilung der Arbeit und damit die kooperative Arbeitsweise ein. So kam die Manufaktur auf, der Großbetrieb ohne Maschinen. Das System der Kooperation hatte eine ganz bedeutende Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeit im Gefolge, die aber von dem modernen maschinellen Großbetrieb noch weit in den Schatten gestellt wurde. Dieser befähigte den Arbeiter, das hundert- und mehrfache zu leisten, was sein Vorfahre in einem handwerksmäßigen Kleinbetrieb geleistet hatte. Die Folge dieser Massenfabrikation ist naturgemäß eine Verbilligung der betreffenden Artikel gewesen, wodurch ohne weiteres ein stärkerer Konsum bedingt wurde. Erhöhter Konsum bedeutet aber erhöhte Glücksmöglichkeiten, bedeutet eine Aufwärtsentwicklung der Kultur. Bei jeder Massenherstellung hat der Arbeiter nur eine ganz engbegrenzte Arbeit auszuführen, die sich täglich hundert- und tausentfach wiederholt. Er wird dadurch zu einem mechanischen Arbeiten kommen müssen, ganz gleich, ob die einzelnen Bewegungen nach seinem Belieben oder nach Taylorschen, also wissenschaftlichen Grundsätzen ausgeführt werden. Es wird eben immer darauf ankommen, dem Arbeiter unparteiisch klar zu machen, daß bei Befolgung der Anweisungen des Systems, der Vorteil auf seiner Seite liegt.

Ueber Nutzen und Schaden des Taylor-Systems, der wissenschaftlichen Betriebsführung, zu streiten, hat wenig Zweck und ist daher unfruchtbar. Sie wird überall kommen, dagegen hilft kaum Auflehnen und Wehklagen der Arbeitnehmer, kein Kampf der Gewerkschaften, aber auch kein Widerstand der Unternehmerkreise. Um alle volkswirtschaftlichen Bedenken der Arbeitnehmer gegen das Taylor-System zu zerstreuen, müßten die ohne Zweifel jetzt und später auftretenden Nachteile, durch vorbeugende Maßnahmen des Staates, insbesondere durch eine entsprechend gestaltete Gewerbe- und Sozialpolitik, verhindert werden. Die Vermehrung und Verbilligung der Produktion darf natürlich auf keinen Fall auf Kosten der Gesundheit des Arbeiterstandes vor sich gehen, denn über dem privatwirtschaftlichen Interesse des Unternehmers (Gewinn), aber auch über dem des Arbeiters (höhere Löhne) steht das Allgemeininteresse des Staates des Volksganzen an einer körperlich und seelisch gesunden Gesamtbevölkerung. Hier vermittelnd einzugreifen ist also Sache der Sozialpolitik und der Gewerkschaften. Wenn wir von den verhütbaren Nachteilen absehen, müssen wir dem Taylor-System, d. h. der wissenschaftlichen Betriebsführung, ohne Frage eine große volkswirtschaftliche Bedeutung beimessen und es als eine wichtige Brücke zur Lösung des Problems zwecks Gesundung unserer Gesamtwirtschaft betrachten, wobei wir natürlich eine baldige endgültige Lösung des Reparationsproblems voraussetzen. Und mit diesem Fortschritt kann dann auch die Arbeiterklasse wohl zufrieden sein, wenn zugleich für die Zukunft eine vollkommene Gleichberechtigung in allen wichtigen Fragen des Wirtschaftslebens zwischen Kapital und Arbeit zum Besten des gesamten Volkes gewahrt bleibt.

Sch.

Die Kommunalisierung des Bestattungswesens.

Wenn auch durch die Einführung der Rentenmark eine vorläufige Stabilisierung in unseren Währungsverhältnissen eingetreten ist, so muß doch beachtet werden, daß durch die vorhergegangene ungeheure Geldentwertung die Kosten einer Totenbestattung eine Höhe erreicht hatten, daß sie nur noch von wenigen Familien, die von einem Sterbefall betroffen wurden, bezahlt werden konnten. Dieses katastrophale Hinabgleiten unserer Währung veranlaßte die Friedhofsbehörde, bei dem Senat die Einführung der unentgeltlichen Totenbestattung zu beantragen. Die erste Anregung wurde bereits im April des vorigen Jahres gegeben. Damals kostete ein Sarg 80 000 Mk. und die Bestattungsgebühr in der dritten Klasse 42 000 Mk. Es war also für 145 000 Mk. eine Bestattung in einfachster Form möglich. Zu Beginn des Herbstes waren die Gebühren für die Bestattungsklasse 3 auf 113 Millionen hinaufgeschnellt und für eine Beerdigung der einfachsten Form waren schon im September rund eine halbe Milliarde erforderlich. Damals wurde die Friedhofsbehörde mit Anträgen auf Gebührenermäßigung bestürmt. Die Sterbekassen und Versicherungen kamen ins Wanken. Die Anträge an das Wohlfahrtsamt und die Armenbehörde auf Bewilligung von Zuschüssen häuften sich. Heute im Zeichen der Rentenmark kommt eine Bestattung in Klasse 3 auf 84,35 Mk. zu stehen. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus 30 Mk. Bestattungsgebühren, 4,50 Mk. Benutzung der Kapelle, 3 Mk. Einzelgrab der Klasse B, 3 Mk. Grabherstellung, 3 Mk. Bebügelung, 33 Mk. der Sarg, 1,85 Mk. die Einkleidung und 6 Mk. Harmoniumspiel. Man sieht, daß die Kosten auf das genaueste kalkuliert worden sind. Die weitere Entwicklung hat ergeben, daß die Anträge auf Bestattung durch die Armenbehörde sich vermehrten. Im Rechnungsjahre 1922 bezifferten sich die Armenbeerdigungen auf 245. Im jetzt laufenden Rechnungsjahre schätzt man die Zahl auf 350. Rechnet man dazu die Zuschüsse des Wohlfahrtsamtes, die man mit 80 Unterstützungsfällen ansetzen kann, und außerdem noch rund 30 Fälle direkter Gebührenermäßigung durch die Friedhofsbehörde selbst, infolge großer Bedürftigkeit der Antragsteller, so muß heute schon festgestellt werden, **daß ein Viertel aller Bestattungen auf Kosten des Staates gehen.** Und wenn auch die Armenbehörde in einer Anzahl von Fällen, die ihr erwachsenen Kosten aus Nachlässen deckt, oder sie nach und nach von den Bestattungspflichtigen wieder einziehen kann, so gehen trotzdem dem Staate 75 Prozent der Bestattungsgebühren verloren, weil diese bei allen von der Armenbehörde beantragten Beerdigungen auf ein Viertel ermäßigt werden.

Diese Verhältnisse im Bestattungswesen sind unhaltbar geworden und drängen geradezu nach einer anderen Lösung. Man muß doch bedenken, daß die Kosten des Friedhofs- und Bestattungswesens von finanziell meist schon erschöpften Familien getragen werden müssen. Gewöhnlich hat schon die Heilbehandlung und die besondere Pflege des an Krankheit Verstorbenen die Mittel aufgebraucht, soweit überhaupt solche vorhanden gewesen sind. Für die große Masse der Bevölkerung wäre es also eine Erleichterung, wenn **die Aufwendungen für die Totenbestattung auf die breiten Schultern der Allgemeinheit verteilt würden.**

In der Schweiz ist die kostenlose Totenbestattung schon seit Jahren eingeführt. Die Kosten tragen dort der Kanton und die Gemeinden je zur Hälfte. In Deutschland bestehen seit Jahrzehnten aus hygienischen Gründen die gleichen Bestrebungen. In überfüllten Wohnungen sind die Gefahren für Leib und Leben, bei ansteckenden Krankheiten, nicht leicht zu nehmen. Die Gesundheitspflege ist eine so hervorragende gesellschaftliche Aufgabe, daß die weitgehendsten Vorbeugungsmaßnahmen nur zu billigen sind und dazu gehört auch die Beseitigung der Leichen.

Die Unentgeltlichkeit der Totenbestattung ist übrigens eine alte sozialdemokratische Forderung des praktischen Teiles im Erfurter Programm.

Das bei den Bestattungen begüterter Verstorbener zur Schau getragene Gepränge verursacht meistens sehr hohe Kosten, mögen diese nun auf die Geschäftstüchtigkeit von Unternehmern, die das Begräbnis ausführen oder auf das Bestreben zurückzuführen sein, zur Ehrung des Heimgegangenen ja nichts an Aufwand zu unterlassen. Demgegenüber steht dann die dürftige Einfachheit der Armenbestattungen. Der schroffe Gegensatz zwischen dem Prunk einer vornehmen Bestattung und einem Armenbegräbnis fällt aber fort, wenn der Staat für alle die gleiche Verbindlichkeit übernimmt, ohne einen Unterschied zwischen Arm und Reich zu machen. Im übrigen könnte man ja den Begüterten freistellen, auf die staatliche Bestattung zu verzichten, wenn etwa die Einführung dieser wichtigen Verwaltungsmaßnahme daran scheitern sollte. Es könnte auch eingewendet werden, daß das Bedürfnis für unsere Stadt nicht vorliegt, weil die „Notgemeinschaft für Bestattungen in Lübeck" der Bevölkerung durch freiwillige Teilnahme an ihrer Bestattungsversicherung die Aufbringung der Kosten erleichtert. Dem muß aber entgegengehalten werden, daß doch nicht allen, vor allem nicht den Aermsten der Armen, geholfen wird. Viele werden einfach nicht in der Lage sein, die Beiträge aufzubringen, um die Mitgliedschaft der Genossenschaft zu erwerben. Soweit uns übrigens bekannt ist, sehen die Führer der Lübecker Notgemeinschaft ihre Aufgabe als erledigt an, sobald die Totenbestattung kommunalisiert ist, und werden dem Staat durch Ueberlassung ihrer Einrichtungen sogar noch Entgegenkommen zeigen. Das erstrebenswerteste Ziel ist und bleibt also die Uebernahme der Totenbestattung auf den Staat, sobald dieser die Finanzhoheit wieder haben wird.

Im Reich und in den Ländern ist es leider noch nicht zu einer einheitlichen Ordnung gekommen. Durch Artikel 10, Ziffer 5 der deutschen Reichsverfassung vom 11. August 1919, nach welchem das Reich im Wege der Gesetzgebung Grundsätze für das Bestattungswesen aufstellen kann, ist die Frage neu belebt worden. Zunächst bleibt das weitere Vorgehen den einzelnen Ländern und Gemeinden überlassen. Tatsächlich haben auch eine ganze Anzahl von Städten, namentlich in Sachsen, Thüringen, Baden und Württemberg das Bestattungswesen kommunalisiert. Selbst kleinste Gemeinden und sogar solche mit rein ländlicher Bevölkerung haben Versuche gemacht. Allerdings beschäftigen sich die betreffenden Ortsgesetze weniger mit der eingehenden Regelung des Bestattungswesens, als vielmehr mit der besonders bedeutsamen Frage der Kostendeckung. Und das war auch in Lübeck die Ursache davon, daß wir noch nicht weiter gekommen sind. Alle Versuche, die Deckungsfrage zu lösen, stießen bisher auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Die hiesige Friedhofsbehörde hatte vorgeschlagen, beim Reichsfinanzminister zu beantragen, **einen Zuschlag zur Einkommensteuer** zur Aufbringung der Kosten zu erheben. Es lag klar auf der Hand, daß diejenigen Steuern, die in der Bürgerschaft scharfe Interessenkämpfe zeitigen, nicht in Frage kommen konnten. In Sachsen haben einige Gemeinden Zuschläge zur Gewerbesteuer beschlossen, um dadurch die Mittel aufzubringen. Das ist aber darum ungerecht, weil dann weite leistungsfähige Schichten der Bevölkerung von Abgaben frei bleiben würden. Das Landessteuergesetz vom 30. März 1920, das den Ländern und Gemeinden Zuschlagsmöglichkeiten einräumte, ist gefallen. Die bisherigen Reichsfinanzminister haben sich solchen Ermächtigungen gegenüber ablehnend verhalten. Es steht aber im Gesetz in Aussicht, daß den Ländern auf dem Gebiete des Steuer- und Finanzwesens wieder mehr Freiheiten eingeräumt werden. Dann wird die Bahn frei.

Nach sächsisch-türingischem Muster hatte die Friedhofsbehörde auch an eine Zwangsversicherung gedacht. Der Gedanke ist aber wegen der hohen Verwaltungskosten und versicherungstechnischen Schwierigkeiten, sowie aus rechtlichen Gründen, von der Friedhofsbehörde selbst wieder aufgegeben worden.

Es ist auch angeregt worden, die Sterbegelder der Sozialversicherung zu erhöhen, sie einer gemeinsamen Kasse zuzuführen und zu einer gleichmäßigen Totenbestattung zu verwenden. Aber dazu würden ja Gesetzentwürfe der Reichsregierung und Beschlüsse von Reichsrat und Reichstag nötig sein. In Sachsen hat die Landesregierung in einem Gesetzentwurf die Regelung des Bestattungswesens den Gemeinden übertragen und eine Vereinheitlichung der Formen vorgeschrieben. Aber auch dort war die Deckungsfrage offen gelassen. In Preußen und anderen Ländern hat man sich darauf beschränkt, auf Verbilligung und Vereinfachung der Beerdigungen hinzuwirken. Anderswo hat man aus städtischen und Staatsforsten Holz zu Särgen geliefert. Die Erfindung von Leihsärgen, Ersatzsärgen in der mannigfaltigsten Ausstattung, brachte uns eine Zeit lang Tag für Tag eine Flut von Offerten. Es war eben zunächst die einzige Möglichkeit, die Bevölkerung auf Verbilligungsmöglichkeiten hinzuweisen.

Kommen wir zur Verwirklichung der kommunalen Totenbestattung, dann würde die Friedhofsbehörde in ein Bestattungsamt umgewandelt und am besten **mit dem Standesamt zusammenzulegen sein.** Die Geschäfte könnten von den gleichen Personen wahrgenommen werden. Durch eine derartige Verbindung würde ein doppelter Vorteil erreicht. Zunächst eine Erleichterung für das Publikum, daß die Anmeldung des Sterbefalles auf dem Standesamt und die Anmeldung der Bestattung auf einmal erledigt, zum anderen wird dadurch auch eine Verbilligung der Verwaltung erzielt.

Es müßten natürlich Friedhofs- und Bestattungswesen über das ganze Staatsgebiet einheitlich gestaltet werden. Die noch im kirchlichen Besitz befindlichen ländlichen Friedhöfe würden auch in die Verwaltung des Bestattungsamtes zu stellen sein. Die Hauptfrage ist nach wie vor: Wie die Kostendeckung erfolgen soll. Darüber besteht kein Zweifel, daß alle Staaten und Städte, die nicht besonders hohe Einkünfte haben, sich zunächst noch wehren.

In Lübeck werden wir die Einführung der unentgeltlichen Totenbestattung weiter zu verfolgen haben. Bis vor kurzem schien die Verwirklichung noch in weiter Ferne zu liegen. Jetzt ist sie greifbar nahe. Das ist auch kein Eingriff in die Gewerbefreiheit, sondern verfassungsrechtliche Maßnahme.

Die Lohn- und Gehaltsempfänger sind einfach nicht mehr in der Lage, die Kosten aufzubringen. Die Massenarmut zwingt dazu, mit den Unterschieden in der bisherigen Form aufzuräumen. Es müssen Anstalten getroffen werden, den unverschuldet in Not geratenen Mitbürgern eine würdige letzte Ruhestätte zu sichern. Es bleibt nichts anderes übrig, als daß bei uns in Lübeck der Staat eingreift. Dieser soziale Fortschritt wird nur durch eine sozialdemokratische Mehrheit in der Bürgerschaft gefördert.

W. Bromme.

Marktberichte.

Futtermittel. Hamburg, 30. Januar. Mais loko 8,50 R.-Mk., Laplata-Mais, Juli-September, 7,80 R.-Mk., Laplata-Mais Juni-Sept., 7,60 Hamb. Giro-G.-Mk., Reisfuttermehl (24proz.), Januar-März 1,30, Doll., Ranskuchen, Januar-Februar, in holl. Gulden 7,90, Palmkuchen, Februar-März in holl. Gulden 7,55, Kokoskuchen, Februar-März, in holl. Gulden 10,35, Inlandsweizenkleie, loko, in Rentenmark 4. Tendenz: ruhig, ohne Geschäft.

Getreide. Hamburg, 30. Januar. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Die Stille im Geschäft hielt auch heute weiter an, nur aus zweiter Hand wurden unter Erispreisen einige Käufe erzielt. (Preise in Rentenmark per 1000 Kilo): Weizen 146—152, Roggen 126—130, Hafer 102—110, Wintergerste 142—146, Sommergerste 154—161 ab inländ. Station einschl. Vorpommern, ausländische Gerste 154—156, Mais 166—163 frei Kaiwaggon. Oelkuchen Stimmung lustlos bei langsam nachgebenden Preisen.

Heu und Stroh. Hamburg, 30. Januar. Im Großhandel stellt sich der Preis für Wiesenheu, lose, 1,70, dto. gepreßt 2,70, Getreidestroh, gebündelt, 0,75, dto. gepreßt 0,90, (alles je Zentner in Rentenmark, frei Waggon inkl. Verladestation, exkl. Deckenmiete). Tendenz: ruhig.

Nachruf.

Am 28. ds. Mts. verstarb in Charlottenburg, wo er zu Besuch weilte, unser langjähriger, erster Vorsitzender, Herr

Rudolf Strehlke.

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen treuen Förderer des Vereins, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden. (11360

Verein der Ost- und Westpreußen. Der Vorstand.

Am Dienstag den 29. ds. Mts. starb plötzlich unser lieber Sohn und Bruder

Herbert Weber

im Alter von 10 Jahren, tief betrauert von seinen Eltern, Geschwistern, Großeltern u. Angehörig.

Johann Weber u. Frau.

11361) Lübeck, Bulekstr. 11.
Beerd. Sonnabd., 2. Febr., 4 Uhr nachmittags Kap. Vorw.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Am 29. Januar verstarb unser lieber Kollege

Ludwig Kempek

Ehre (11331 seinem Andenken!

Beerdig. a. Sonnabend, den 2. Febr., vorm. 9½ Uhr, Kap. Burgtor.

Die Ortsverwaltung

Jg. saub. Frau sucht Wasch- u. Reinmachestell. Ang. u. G 631 a. d. E. d. Bl. (11343)

Jg. Ehepaar sucht ein od. 2 leere Zimmer geg. gute Bezahlung. Ang. unt. G 630 a. d. E. (11321

Für erwiesene Aufmerksamkeiten u. Glückwünsche zu unserer Vermählung danken herzlichst. (11324

Wilhelm Wilcken,
Anna Wilcken, geb. Nathanson
Seeretz.

Gramophon, f. Mahagonikast., zu vk. Karlshof. Neuer Faulenhoop 24. (11354)

Gr. Kinderw. 25 Mk., kl. Klappwag. 5 Mk., Ulster 10 Mk., Gasherd m. P. 12 Mk., H.-Stiefel f. n. 10 Mk., Gr. 40, 2 Gasl. z. 15 Mk. Kanalstr. 6, III (11358

Kontor- u. Schneidertisch
zu verk. Hartenar. 12, II

Reiner Kakao
¼ ℔ 30, 35 u. 40 Pfg
Bananenkakao ¼ ℔ 25 ₰
Schokoladenpulver ¼ ℔ 25 ₰
Gebr. Kaffee ¼ ℔ 50 ₰
Gem. Backobst 1 ℔ 50 ₰
Getr. Pflaumen 1 ℔ 33 ₰
Getr. Birnen 1 ℔ 40 u. 65 ₰
Weißes Schmalz
1 ℔ 75 ₰ (11342
Mehl 1 ℔ 15 ₰, 10 ℔ 1.40 M
Amerik. Mehl 1 ℔ 18 ₰, 10 ℔ 1.70 M
Gesch. Splitterbsen 1 ℔ 28 ₰
Grüne Erbsen 1 ℔ 24 ₰
Gelbe Erbsen 1 ℔ 24 u. 19 ₰
Weiße Bohnen 1 ℔ 28 ₰
Haferflocken 1 ℔ 18 ₰
Sirup 1 ℔ 35, 40, 45 ₰
Jamaika-Rum-Verschn. Fl. 2.50 M
Eduard Speck
Hüxstraße 80/84.

Hüxstraße 77

Damen-Schürzen

Preiswertes
Sonder-Angebot
für Qualitätsware.

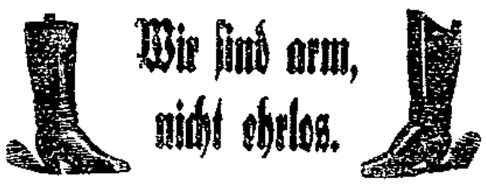
Hemdentuch	0.68	Damen-Hemden	von 2.50
Nessel	0.66	Damen-Beinkleid	„ 2.50
Gardinennessel	0.72	Damen-Nachthemd	„ 3.98
Linon (140 cm breit)	1.96	Prinzeßrock	„ 7.50
Nessel (140 cm breit)	1.54	Untertaillen	„ 0.78
Streifsatin (140 cm breit)	2.20	Damen-Unterhemdchen	„ 0.91
Züchen (Bettbreite)	1.82	„ m. ½ Aermel	„ 1.40
Handtuch (Gerstenkorn)	0.68	Kinder-Leibchen	„ 1.10
Finett für Nachtjacken	1.32	Windelhöschen	„ 0.80
Köperbarchent	1.48	Gestrickte Höschen	„ 0.95
Hemdenflanell	0.98	Gestrickte Röckchen	„ 0.85
Grau-Molton	1.08	Mädchen-Hemden	„ 1.20
Hauskleiderstoff	1.28	Mädchen-Beinkleider	„ 1.65
Schotten für Kinderkleider	0.98	Herren-Socken	„ 0.65
Hemdenperkal	1.28	Damen-Strümpfe	„ 0.50
Schürzenstoff (120 cm breit)	1.58	Beinlängen, reine Wolle	„ 2.00
Blaudruck	1.73	Damen-Handschuhe, Trik	„ 0.98
Blauleinen	1.48	Wolle, la. Qualität	100 gr 0.98
Inletts, farbecht und federdicht 140 cm breit	3.98	Landgarn	½ ℔ 2.20

Kinder-Schürzen

Neuheiten in Kleider- u. Blusen-Stoffen.

Baumwollwarenhaus
J. Wilstermann & Co. (11355

Hüxstraße 77



Wir sind arm, nicht ehrlos.

Unsre Leiden sind groß,
Hoch den Kopf, klar der Blick,
Schaut vorwärts, nicht zurück,
Fest müssen wir zusammen stehn,
Wollen wir bessere Zeiten sehn.
Lange Stiefel, Schuhe, elegant u. fein
Kauft man billig bei O. Schröder ein
Balauerfohr 17. (11306

Alle Arbeiter
kaufen ihre Arbeitskleidung, Wäsche und Stiefeln bei (11334
Peter, Glockengießerstr. 31
— Teilzahlung gestattet. —

Selbstbesohler!
Herren-Ledersohl. i. Aussch. M. 1.20—1.80
Damen- „ „ „ „ 0.60—1.00
Garantiert rein Kern!
Auf Wunsch kann auf Stepperei gewartet werden. 11302
Fünfhausen 7.

Damenkleiderstoffe
in großer Auswahl **direkt ab sächs. Fabrik!** Unter anderem:
Frottees 1,05 breit, la. Qual., in vielen prachtv. Dess., durchw. p. Mtr. **2.30**
Popeline la. gezwirnte Ware, 1,05 br., in vielen Farben . . 3.15 und **2.85**
Rockstreifen reine Wolle, la. Qual. 3.15 Halbw., ap. Streif., p. Mtr. **2.75**
F. Spethmann, Breite Str. 31
(im Hause Arnold Berg), **Etagengeschäft.**
(11065)

Frack m. Weste, Ballkleid, Kostüme Blusen, Herrenbeinkleider, Reisekoffer, verkäuflich. (11330
Tailo, Am Brink 9.

Partie kl. Zugänger z. verkaufen. Fischergr. 22. (11344)

Prima große Ferkel billig zu verkaufen. Ernststr. 12 (11353)

Ein Zugänger zu verkaufen. (11311
Schwenke, Seeretz.

11338

50 Stück Ferkel u. Zugänger
sind billig zu verkaufen.
J. Klüwer,
Schwartauer Allee 125

Guterh. Babykorb zu kaufen gesucht. Ang. u. G 629 a. d. Exp. (11325

Zu kaufen gesucht 300 Ziegelsteine. Angeb. mit Preis u. G 628 an die Exp. d. Blattes. (11322

Gesucht 1.20 m Eisenstakett. Ang. mit Preis Artendornstraße 18 ptr. (11345)

11305

Heute prima junges Fleisch, sowie sämtliche Wurstwaren.
Robert Dose, Roßschlachter,
Hundestr. 62. Engelsgr. 56

Metallbetten.
Stahlmatr., Kinderbett. dir. a. Priv., Kat. 48 U frei, 10204) Eisenmöbelfabrik Suhl (Th.

Großer Räumungs-Ausverkauf wegen Geschäftsverlegung nach Hüxstraße 110

zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Außerdem 10 Prozent Rabatt.

Kaufhaus Franz Wehrendt, Balauerfohr 35.

(11335

Geschäfts-Übernahme.

Habe mit dem heutigen Tage die Filiale der

Lübecker Margarine-Zentrale
Holstenstr. 6 pt. hinten

auf eigene Rechnung übernommen. (11327

Es wird mein Bestreben sein, nur Ia Ware zu billigsten Tagespreisen abzugeben.

Alfred Müller.

Preisliste:

Margarine ℔ 50, 60, 70, 80 ₰	Schmalzfabrikat m. Gem. ℔ 0.75 M.	Speck ℔ 0.85 u. 1.40 M.
Bauern-Butter ℔ 1.90 M.	Blasenschmalz ℔ 0.85 M.	Kunsthonig Paket 0.48 M.
Kokosfett Tafel 0.60 M.	amerik. Schmalz ℔ 0.78 M.	Ia Wurst u. Käse in allen Preislagen

Verkauf nur Holstenstr. 6 pt. hinten.

Geschäfts-Eröffnung.

Hierdurch gebe ich meinem geehrten Publikum Lübecks bekannt, daß ich am 1. Februar d. Js. in dem ehemaligen Geschäftshause des Herrn Schlachtermeisters Klein

Pfaffenstraße Nr. 14

ein

Geschäft feiner Delikateßwaren

unter dem Namen

Delikatessenhaus „Hansa“

eröffnet habe.

Da meine Frau bisher langjährige Filialleiterin des Butterhauses „Roland“, Hüxstraße 73 war, kann ich durchaus fachmännische Bedienung von nur prima Qualitätswaren zu billigst berechneten Preisen zusichern.

Ich bitte, mein junges Unternehmen durch gütigen Zuspruch unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

11308) **Rudolph Crull.**

Anläßlich der Eröffnung 1 Paar Würstchen gratis!

Zur Mühle
Beckergrube 61

Pa. Weizenmehl ℔	15 Pf.
Feinst. Diamant ℔	20 „
5-℔-Beutel do.	110 „
Buchweizenmehl ℔	26 „
Buchweizengrütz „	25 „
Linsen „	28 „
Haferflocken „	18 „
Bandnudeln „	32 „
Makkaroni „	45 „
Weizengrieß „	18 u. 25 „
Allerf. Pflaumen „	88 „
Mischobst „	40 „
Allerf. Mischobst „	85 „
Gutk. wß. Bohnen „	28 „
Gr. Schmalz-Bohn.	55 „
Gutk. gr. u. gelbe Erbsen „	24 „
Gemahl. Zucker „	42 „
Rosinen und Kornthen „	¼ ℔ 25 „
Allerf. Ringäpfel „	110 „
Aprikosen „	110 „

(11256)

Schuhwaren!
F. Lücht, Hüxstr. 59

Herren-Stiefel, braun	von 15.00 M. an
Herren-Stiefel, schwarz	von 9.75 M. an
Herren-Stiefel mit Doppelsohle	von 18.00 M. an
Damen-Halbschuhe, schwarz	von 8.50 M. an
Damen-Halbschuhe und Stiefel mit niedrigem Absatz	von 12.00 M. an
Schaftstiefel	von 16.00 M. an
Arbeitsschuhe	von 9.50 M. an
Mädchen-, Konfirmanden-Stiefel niedr. Absatz, enger Schaft, Boxkalf	13.50 M. an

Kein Ausverkauf! (11332
Nur reguläre Ware!

---

ca. 2000 Zentner

Ia. Niederl. Briketts

geben wir nicht **umsonst,** (11310

11310) jedoch zu Sonderpreisen von

Mk. 1,70 ab Lager Mk. 1,80 frei Haus

am **Freitag** und **Sonnabend** ab.

Paul Roggenkamp

Fernruf: 8602, 8550, 662

Charlottenstr. 29 Mühlenstr. 26

Am Sonnabend, dem 2. Februar ist mein Lokal von 6 Uhr abends ab dem Theater-Verein „Hans Sachs“ überlassen.

Rücknitz. (11347

W. Dieckelmann.

Doppelkümmel Flasche **1.80.**
Tafel-Aquavit Flasche **2.—.**
f. Weinbrand V. Flasche **2.20.**
f. Jamaica-Rum V. 40 Proz. Fl. **2.50.**
Reiner Weinbrand Flasche **3.20.**
Schwedenpunsch Flasche **3.20.**
Schwedenpunsch halbe Flasche **1.60.**
Rum-Glüh-Punsch Flasche **0.90.**
Rhein-, Rot- und Südweine

Edelliköre

große Auswahl zu billigsten Preisen.

Bitte Schaufenster zu beachten!

Ernst Voss
Fernruf 410.
Gr. Burgstraße 59.
(11348)

D.R.P. Ohne Lötfuge

H. Schultz
Darmacher
Johannisstr. 20
Alle Waren a. Teilzahl.

Fette, gesunde

Schweine

erzielt man durch

SOWA

Erhöht die Freßlust, verhindert Knochenweiche. Unentbehrlich für Ferkel und Mastschweine. Sowa, Hühnern gefüttert erhöht bedeutend den Eierertrag. (11336

In Lübeck:
E. Hahn, Adler-Drogerie
F. Kayser, Drogerie
J. Voigt, Germ.-Drogerie
St. Jürgen-Drogerie, Hüxtertor-Allee.
In Schlutup:
Kreuz-Drog. H. Thielbar.
In Schwartau:
Hans Grampp, Drogerie.

Frauen-Haar

kauft u. zahlt hohe Preise. **E. Mittelstädt,** Friseur, F. 3716. Adlerstr. (11304

Schweineschmalz
Pfd. 75 ₰
Blasenschmalz
Pfd. 80 ₰
Bratenschmalz
Pfd. 60 ₰

Palmin	℔ 65 ₰
Fetter Speck	℔ 80 ₰
Guter Käse	℔ 60 ₰
Margarine	℔ 50 ₰

Ia. Kunsthonig

von Häger & Co.	℔ 60 ₰
Kunsthonig	℔ 50 ₰
Marmelade	℔ 60 ₰
Syrup	℔ 40 ₰

Süße Apfelsinen
20 Stück 100 ₰
Zitronen 12 Stück 50 ₰

Friedrich Trosiener,
11350) Mühlenstr. 87.

11341

Heute Anschnitt meines
Pa. Rauchfleisch
Robert Dose,
Rotschlachterei
Sundstraße 62,
Engelsgrube 58.

Uhrenreparaturen
50% Ersparnis.
Saub. Arbeit, 1 Jahr schriftliche Garantie.
Hermann Voß, Uhrmach.,
Wakenitzmauer 3a,
b. Burator. (11301

Eimerbier.

Freitag von 4—6 Uhr.
11325) **Brauerei Stamer**

Schlußtage
unseres (11333

Inventur-Ausverkaufs

Donnerstag — Freitag — Sonnabend
zu **enorm herabgesetzten Preisen.**

Streifsatin,	140 cm . nur	2.65 M.
Stuhltuch,	140 cm . . nur	1.65 M.
Züchen,	140 cm . . . . nur	1.95 M.
Satin-Augusta	. . . nur	1.75 M.
Renforce,	80 cm 68 ₰, 130 cm	1.70 M.
Reform-Hosen,	blau . .	4.50 M.
Taschentücher	. . 32, 25,	16 ₰
Strümpfe	. . . . . 85, 65,	25 ₰
Geschirrtücher,	rotkariert	55 ₰
Untertaillen	. . . . .	95 ₰
Tändelschürzen	sonst 2,50, jetzt	1 M.

Auf alle regulären Waren **10% Rabatt.**

Unger & v. Deesen
Lübeck, Sandstraße 25!

Pa. Dän. Blasenschmalz 1 ℔ 80 ₰
Amerik. Schmalz Pure Lard . 75 ₰
Allerf. Meiereibutter . . . . 2.10 M.
Ger. Speck, fett u. durchwachsen 90 ₰
Dän. Vollmilch . . . . . 1 Dose 50 ₰

W. BECKMANN
Beckergrube 33. 11357

Wir sind billig!

Elegante Damenkonfektion:
Wintermäntel, schick 5.75, 12.50. Kindermäntel 4.—, 6.50. Elegante Jumper 6.75, Strickjacken 15.— Kleiderröcke 3.75, Blusen etc.

Elegante Herrengarderoben:
Starke Hosen, feldgrau 7.95. Buksk.in- 5.90, Pilot-, 5.95, 6.80, Manchester- u. eleg. gestr. Hosen, **Breeches-hosen** 6.95, 7.90. Anzüge 32.— u. besser, Paletots 38.— u. besser, Ulster, **Konfirmandenanzüge,** Lodenjoppen, Knabenanzüge, Gummimäntel, schick, 23.80, Hute, Mützen, Unterzeug, warm. Wäsche usw.

Starke Schuhwaren:
Herrenstiefel 12.50, 17.50, 19.50. Damenschuhe 9.45 u. besser, **Kinderstiefel** alle Größen, Arbeitsstiefel 10.50, Schaftstiefel, Filzschuhe, -Pantoffel, Holzpantoffel usw. (11359

Ehlers & Reetwisch
Holstenstr. 1. St. Petri 2 u. 4.

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Café „Astoria“
Freitag, 1. Februar
Gr. Bockbierfest

Spezialität: (11318
Eisbein, Sauerkraut, Erbsenpüree.
Weinstube: Kaltes Buffet.

Regelklub „Laß sie saufen“
Gr. Wollfest

am Sonntag, 3. Februar, im **Konzerthaus „Flora“**
Eintritt für Herren **1.00** Mk. Eintritt für Damen **50** Pfg.
Kassenöffnung 5½ Uhr. (11313) Anfang 6 Uhr.
Jedermann herzlich willkommen! DER VORSTAND.

Rücknitz **Rücknitz**

Öffentliche Wählerversammlung

Freitag, den 1. Februar 1924, abends 6½ Uhr im Lokal des Herrn **Dieckelmann.**

Tagesordnung: (11337

Die Bürgerschaftswahl

Redner: **Dr. Leber,** Lübeck.
Jeder politischen Partei eine halbe Stunde Redezeit.
Zahlreiches Erscheinen erwartet der
sozialdemokratische Wahlausschuß Rücknitz.

Arbeiter-Radfahrerverein „FRISCH AUF“ Moisling.

Am Sonntag, 3. Februar, im Kaffeehaus Moisling

Gr. Maskenball.

„Prinz Karneval“ zu Pferde.
Anfang 6 Uhr. Maskenzug 7½ Uhr.
Das Festkomitee. (11312

Promenaden-Café
Morgen Freitag
III. Großes humoristisches Bockbierfest

Beginn 7½ Uhr (11309

Café „Zillerthal“
Hinter St. Petri 6 (direkt am Markt)
Heute: Abschiedsabend

der so beliebten Hauskapelle.
Eintritt frei! Eintritt frei!
Hierzu ladet freundl. ein (20833
Otto Manthey.
NB. Ab morgen: **Neue Kapelle.**

Luisenlust.

Jeden Freitag: **Gr. Tanzkränzchen.** 11300
Sonnabend, 9. Februar: Großer Maskenball.

Hansa-Theater.

Heute Donnerstag, 7½ Uhr: (11346
Gastspiel **Ludwig Ziegler** und **Gertrud Seewald-Schultze.**
Zum letzten Male:
Die Bacchusnacht

Freitag, 7½ Uhr: Zum ersten Male in dieser Spielzeit
„Die Bajadere.“
Prinz **Ludwig Ziegler** als Gast.
Odette **Rosa Hartmann** als Gast.
usw.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Kinder-Vorstellung
zu ganz kleinen Preisen (Mk. 0.20 bis Mk. 1.00).
Zum ersten Male
„Max u. Moritz.“

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte. 11265

Stadttheater Lübeck.

Freitag, 7,30 Uhr: **Im Klubsessel.**
Sonnabend, 7.30 Uhr: **Zar u. Zimmermann.**
Gastspiel (11315
Rich. v. Schenck.
Zahlung d. Ab.-Gelder, auch für die Sinfonie-Konzerte nachm. von 3 bis 6 Uhr an der Theaterkasse.

Gas cbm 21 Goldpfg., Lichtstrom kbw 65, Kraftstrom 30, Wasser cbm 15/30, heizbare Räume mit Leitung 20, ohne Leitung 10 Goldpfg. (11316